

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 62.

Dienstag, den 14. März 1911.

18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Ein Vorspiel zu den Reichstagswahlen.

Am Freitag mittag hat sich im Reichstage eine tolle Komödie abgespielt, die einen kleinen Vorgeschmack von den kommenden Reichstagswahlen gibt. Der Vorgang verdient etwas näher beleuchtet zu werden, die Vorgeschichte fällt in die Zeit der Beratung des Beamtenbesoldungsgesetzes. Die Reichstagskommission zur Vorbereitung jenes Gesetzes hatte so viel Eifer, daß sie die unzureichenden Gehaltsvorschlüge der Regierung für die unteren und mittleren Beamten um ein wenig erhöhte. Es herrschte auch nahezu Einmütigkeit in der Kommission darüber, daß diese Erhöhung notwendig sei und an ihr festgehalten werden müsse. Da kam die Regierung mit ihrem Unannehmbar! Sie begründete den ablehnenden Standpunkt mit dem Hinweis auf Preußen, das niedrigere Gehaltsätze habe. Das Reich dürfe nicht darüber hinausgehen aus Rücksicht auf die preussische Regierung, die sonst in eine unangenehme Lage gerate. Die Reichstagsmehrheit fiel um. Die beschlossenen Aufbesserungen für Mittel- und Unterbeamte wurden wieder gestrichen, und man hatte wohl bei den Mehrheitsparteien damals schon die Absicht, durch allerlei Kulissenjucherei den unzufriedenen Beamten den Mund zu stopfen, wenn die Gefahr eintreten sollte, daß sie sich von den bürgerlichen Parteien abenden könnten. Die Differenzen zwischen schwarzblauem Block und den Nationalliberalen haben nun dazu geführt, daß dieser Versuch, einzelne Beamtenkategorien zufrieden zu stellen, zu einem förmlichen Skandal ausgeartet ist.

Die vor dem Jahre 1900 angestellten Oberpostassistenten fordern eine Erhöhung ihres Maximalgehaltes um 300 Mark und berufen sich dabei auf Versprechen, die ihnen gemacht worden seien. Eingeholte Rechtsgutachten vermágen einen Rechtsanspruch der Oberpostassistenten nicht festzustellen. Die Regierung bestreitet auch entschieden, daß irgend welche Verpflichtungen vorliegen und verweist darauf, daß eine Bewilligung der Forderung jährlich zirka 5 1/2 Millionen Mark kosten würde. In der Budgetkommission nahm sich der Wettlauf um die Gunst der Oberpostassistenten noch verhältnismäßig harmlos aus. Das Zentrum findet scharfe Töne gegen die Beamtenforderungen, denen gegenüber man auch die Volksinteressen nicht vergessen dürfe; einige Konservative wenden sich gegen die Forderung, weil an der Besoldungsordnung nicht gerüttelt werden dürfe, einige Fortschrittler schließen sich dieser Auffassung an und die Sozialdemokraten, die die Berechtigung der Forderung wohl anerkennen, stellen sich auf den Standpunkt, daß eine Gehaltsrevision unter allen Umständen bei den noch schlechter bedachten Unterbeamten einzusetzen hat, wobei natürlich dann auch die benachteiligten Mittelbeamten berücksichtigt werden können.

Eine Resolution zugunsten der Forderungen der Oberpostassistenten gelangte denn auch nur dadurch mit 14 gegen 13 Stimmen zur Annahme, daß der Vorsitzende v. Gamp den Auschlag für die Mehrheit gibt. Gegen die Resolution stimmten 6 Zentrums-Abgeordnete, 1 Fortschrittler, 2 Sozialdemokraten und 4 Konservative.

Im Plenum des Reichstags ein völlig verändertes Bild. Die Rücksicht auf die Reichstagswahlen veranlaßte das Zentrum nimmere eine Resolution einzubringen, die die Forderungen der Postassistenten anerkennt. Die Nationalliberalen folgen und der Vorsitzende der Budgetkommission, Freiherr v. Gamp, ärgert sich nun höllisch darüber, daß Liberale und Zentrümmer versuchen, den Konservativen bei den Oberpostassistenten den Rang abzulaufen. Jetzt auf einmal erstehen aus der konservativen Partei Verteidiger der Gehaltsforderung, die noch zwei Tage früher in der Kommission schärfsten Widerspruch fand. Und das Zentrum, das fast einstimmig in der Kommission die Forderungen niederschwamm, stellt sich, als ob es von Anfang an keine wärmeren Verteidiger derselben gegeben habe, als die Zentrums-Abgeordneten.

Die ekelhafte Rauferei um die Stimmen der Oberpostassistenten, die eine ganze Stunde der Reichstags-sitzung in Anspruch nahm, ist selbst der Presse der beteiligten Parteien auf die Nerven gefallen. „Deutsche Tageszeitung“, „Nationalliberale Korrespondenz“ und „Post“ geben unumwunden zu, daß es sich für die Abgeordneten nur darum gehandelt habe, „das gewaltige Heer der Postbeamten“ für die Reichstagswahlen einzufangen und — was ein seltener Ausdruck von Ehrlichkeit ist — diese Presse muß auch eingestehen, daß sich die Sozialdemokratie an dieser unwürdigen Wettjagd nicht beteiligt hat.

Die Sozialdemokratie ist konsequent geblieben. Sie hat verlangt, daß eine Gehaltsrevision, beginnend bei den Unterbeamten, vorgenommen wird; ein Herausgreifen ein-

zelner Gruppen der mittleren Beamten muß die notwendige Aufbesserung für die Unterbeamten nur verzögern. Derselbe schwarzblaue Block aber, der sich wie wild schlug um die Stimmen der Oberpostassistenten, lehnte dann in namentlicher Abstimmung mit 162 gegen 139 Stimmen ein Entgegenkommen gegen die Unterbeamten ab. Diese Haltung richtet sich von selbst. Wir wollen nachstehend nur noch das Urteil wiedergeben, das die freikonservative „Post“ über das Wettrennen der bürgerlichen Parteien um die Beamtenwählerstimmen fällt. Unter dem Titel „Traurige Szenen“ schreibt das Blatt in Nummer 119 vom 11. März:

„Wir wissen nicht, ob der Reichstag in seiner Gesamtheit ein Gefühl dafür hat, weshalb er sich durch die heutige 3/4 Stunden zählende Geschäftsordnungsdebatte in seiner Würde vergeben hat. Dabei müssen von der Verantwortung für diese so überaus traurige und beschämende Bloßstellung des Reichstages und der Motive, von denen sich die meisten Abgeordneten bei ihren Anträgen und Abstimmungen leiten lassen, die Sozialdemokraten leider gänzlich freigesprochen werden. Diese Szenen spielten sich durchaus zwischen den Vertretern bürgerlicher Parteien ab, während sich die Sozialdemokratie als lachender Dritter bei der Selbstzerfleischung und Selbstentwertung der bürgerlichen Parteien sogar gänzlich und absichtlich zurückzieht.“

Schon längst ist von vaterlandsliebenden, besonnenen ersten Männern das Wettrennen in sozialpolitischer Richtung im Reichstag als die Hauptursache unseres ganzen Reichstagselends charakterisiert worden. Wir sprechen hier nicht gegen eine Vergrößerung der Gehaltsbezüge und Arbeiterlöhne, es handelt sich vielmehr um das gegenseitige Überbieten der einzelnen Parteien in der Fürsorge für einzelne Wählerkategorien, um die Züchtung des krassen wirtschaftlichen Materialismus, der immer weiter große politische Motive in den Hintergrund drängt.

Der Reichstag hat sich durch die heutigen traurigen Vorgänge nicht nur vor dem ganzen deutschen Volk, sondern vor der ganzen Welt bloßgestellt. Was der heutige Tag an Achtung vor dem Reichstag vernichtet hat, das wagen wir gar nicht zu denken. Der Reichstag hat heute gezeigt, daß er nicht einmal die Kraft hat, den Schein unbedingter Sachlichkeit in seinen Beratungen, die Leitung durch ideale Motive in seinen Beschlüssen zu wahren. Die Schuld, die heute vor aller Welt zutage trat, liegt, wie schon oben ausgeführt, tief und ist vielleicht unlöslich mit dem Reichstagswahlrecht, diesem vornehmsten Institut zur Förderung der Unzufriedenheit und eines hoffnungslosen politischen Dilettantismus verbunden, und wir würden die heutigen Vorgänge viel zu sehr ins Außerliche, ins Zufällige umdeuten, wenn wir ihre symptomatische Bedeutung herabsetzen wollten, wenn wir nicht auf diese tief zugrunde liegende Schuld hinweisen wollten. Den Anlaß zu den heutigen Vorgängen scheint aber, wenn man die Äußerungen der Redner zusammenfaßt, in erster Linie das Zentrum gegeben zu haben. Das Verhalten des Zentrums wird noch bedenklicher dadurch, daß die Zentrumsabgeordneten im Ausschuß in der Hauptsache nicht für die Erhöhung der Bezüge eingetreten sind. Der heutige Tag wird manche Illusion zertrümmern, aber er hat jedenfalls klärend gewirkt. Was die Einsichtigen schon längst wußten, was sie als einen fressenden Krebschaden an unserem politischen Körper empfanden, dieses Wettrennen um die Gunst der Wählermassen, das hat der heutige Tag vor aller Augen enthüllt. Insofern muß der heutige Tag auch für die Zukunft Gutes wirken, denn wir zweifeln nicht, daß das deutsche Volk nötigenfalls auch heute noch die Kraft hat, unhaltbare und verderbliche Zustände abzustellen.“

## Politische Rundschau.

Deutschland.

Aus dem Reichstage.

Im Reichstag wurde am Montag die sozialpolitische Generaldebatte fortgesetzt. Zunächst sprach der Benjamin des Reichstages, Herr Stresemann, der Erzberger der Nationalliberalen. Er legte feierlich das Bekenntnis seiner Fraktion zum Schutzoll ab, leistete sich ein paar kühne Angriffe gegen die amerikanischen Trüfte und eine von der Rechten verständnislos begriffene Anrempelung der freien Gewerkschaften. Auf die außerordentlich lange Rede des Dr. Stresemann folgte eine fast noch längere des Staatssekretärs Dr. Delbrück. Die wichtigste Partie der Delbrückrede war eine philosophische Begründung des Stillstandes der Sozialpolitik. Jedenfalls führte der Nachfolger Posadowskys den blühenden Beweis, daß er kein talentvoller Minister ist. Ganz schwach war, was

Herr Delbrück über die vorussische Mißhandlung des Reichsvereinsgelezes sagte. Es war das alte Klischee der „vereinzelten Übergriffe“. Zu dieser Ausrede schrieb die mit erdrückendem Material belegte Anklagerede des Polen Breiskel einen kräftigen Kommentar.

Der antisemitische Bäckermeister Kieseberg hatte die redlichste Absicht, eine scharfmacherische Brandrede zu halten; es wurde jedoch eine unwillkürliche, aber darum um so ulkigere Bierrede daraus, die dem Hause, bezw. den wenigen Abgeordneten, die noch im Hause waren, eine heitere Stunde bereitete.

Nachdem noch der Umstand, daß Bruhn die Rednertribüne bestieg, eine allgemeine Saalklucht veranlaßt hatte, von denen nur zwei Duzende ultramontaner, konservativer und antisemitischer Abgeordneter sich anschlossen, wurde die Fortsetzung der Beratung auf Dienstag verlagert.

Zuviel Liberalismus!

Dem Vorwurf des reaktionären Regiments, das unter Bethmann-Hollweg in Preußen-Deutschland eingerissen ist, tritt die — „Deutsche Tageszeitung“ entgegen. Herr Dr. Hertel unternimmt es in höchst eigener Person, den Nachweis zu führen, daß die Reichspolitik auf abschüssige Bahnen gelenkt wurde, weil dem Liberalismus Konzessionen gemacht würden. Die Zugeständnisse in der elsass-lothringischen Verfassungsfrage, das preussische Einbürgerungsgesetz, das Verhättnis der Handelskammern zum Hanfabbund, die Haltung des Reichskanzlers in der Frage des Anti-Modernisteneides; alles das betrachtet das agrarische Blatt als Wahrzeichen einer liberalen Politik. Und doch sind alle diese sogenannten Zugeständnisse aus der bittersten Not geboren und daher weit davon entfernt, als Konzessionen an den Liberalismus gewertet zu werden. Als Kronzeugen für ihre kühnen Behauptungen läßt die „Deutsche Tageszeitung“ dann den nationalliberalen Abgeordneten Dr. Heinze aufmarschieren, der in einer Versammlung in Schwerin gesagt haben soll, „in den Reichsämtern herrsche wirklich ein liberaler Geist“. Das würde natürlich durchaus nichts beweisen, denn das, was die Nationalliberalen unter Liberalismus verstehen, hat mit wirklichem Liberalismus ja nur den Namen gemein. Aber all die erwähnten Momente stimmen die „Deutsche Tageszeitung“ so bedenklich, daß sie glaubt, sich zu der dringenden Mahnung aufschwingen zu sollen:

„Für die überzeugten Anhänger einer grundsätzlich konservativen Weltanschauung, mögen sie sich nun zur konservativen Partei rechnen oder nicht, ist das eine ernste Mahnung, auf der Hut zu sein. Diese Mahnung gilt auch im besonderen für die bevorstehenden Wahlen. Wenn es richtig ist, daß jüngst ein führender Staatsmann sich geäußert haben soll, er bedauere die scharfen Auseinandersetzungen zwischen den Konservativen und den Nationalliberalen, weil der Nationalliberalismus wieder herangezogen werden müsse; und wenn es weiter richtig ist, daß dieser Staatsmann gesagt haben soll, man müsse im gewissen Sinne und bis zu einem gewissen Grade darauf Rücksicht nehmen, daß im Nationalliberalismus ein Zug nach links bemerkbar und im Werke sei; so werden die konservativ gerichteten Elemente dafür sorgen müssen, daß dieser linksliberale Zug nicht überschätzt werde.“

Schäbige Denunziation.

Der Zentrumsabgeordnete General z. D. Häusler hat gegen die Militärnotlage gestimmt. Gründe dafür hat er nicht angegeben, denn seine Fraktion hatte ihn für die Beratung der Militärnotlage einfach kaltgestellt. Aus der Tatsache heraus, daß der Abg. Häusler als General z. D. noch Angehöriger des Offizierskorps ist, soll ihm nun ein Strick gedreht werden. Die auf dem Gebiete der Denunziation sehr erfahrene „Tägliche Rundschau“ veröffentlicht ein Schreiben eines angeblich höheren bayrischen Offiziers, der ziemlich offen die Entfernung des Generals Häusler aus dem Offiziersstande verlangt. Man kennt den Verfasser der Denunziation nicht, man kann nicht nachprüfen, ob er wirklich ein höherer bayrischer Offizier ist, man kann sogar annehmen, daß der Verfasser überhaupt kein Offizier ist, sondern zu den Redakteuren oder Mitarbeitern des Denunziationsblattes gehört. Ein „höherer bayrischer Offizier“ müßte doch mindestens den Mut haben, mit seinem Namen für sein Verlangen einzutreten, statt seine Gistpfeile aus dem Hinterhalt der Anonymität abzuschleßen. Wäre Herr Häusler preussischer General, er hätte bereits das Schicksal des bekannten Oberst Gädke geteilt. In Bayern aber herrscht das Zentrum, und wenn diese Partei dem General auch nicht gestattete, im Reichstag seine Meinung zu vertreten, dann wird sie aber doch sonst für ihren Parteigelhörigen eintreten. Jedenfalls geht etwas vor und man darf auf die Entwicklung dieses Falles gespannt sein. Es handelt sich um den offenen Versuch, auf dem Wege des ehrengerichtlichen Verfahrens einen Reichstagsabgeordneten für sein Verhalten im Reichstag zur Verantwortung heranzuziehen.

### Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus nahm am Montag dank seiner konservativ-klarer Mehrheit zwei Resolutionen an, deren Konsequenz eine weitere Verfassung der Volksschule bedeutet. Die erste Resolution ersucht die Regierung, dafür zu sorgen, daß bei Einführung einer Vermehrung von Turnstunden in den Volksschulen die „idealen“ Fächer, besonders Religion und Deutsch, nicht gekürzt werden; die zweite fordert die Regierung auf, in Erwägungen einzutreten, auch bei vermehrter Einführung von Rektoren an den Volksschulen den Einfluß der Kirche auf die Schule sicher zu stellen.

Die Debatte bewegte sich hauptsächlich um die Frage der Schulaufsicht. Wie alljährlich forderten die Redner der Linken weltliche Schulaufsicht, während Konservative und Zentrum die Schulleitung der Kirche ausliefern und die geistliche Schulaufsicht erhalten wollen. Mittelpunkt der Debatte war eine Rede des Genossen Liebknecht, der zahllose Fälle von Amtsnutzbrauch der Schulaufsichtsbehörden schilderte. Eingehend wies er nach, daß der Kampf der Schulaufsichtsbehörden gegen Arbeiter-Turn- und Gesangsvereine und gegen die freien Jugendorganisationen gesegnet sei; Liebknecht konnte sich dabei auf die bekannte Entscheidung des Reichsgerichts stützen.

Dem Minister war bei dieser Anklagerede nicht sonderlich behaglich zumute. Materiell mußte er zugeben, daß die bisherige Verwaltungspraxis ungesegnet sei. Er hat sich jetzt endlich zu einem Erlaß bequemt, durch den die untergeordneten Organe angewiesen werden, ihre Praxis mit der reichsgerichtlichen Entscheidung in Einklang zu bringen. Im übrigen hütete sich der Minister, auf die einzelnen Fälle der Liebknechtschen Anklagerede einzugehen. Eine Erwiderung wurde unserem Genossen Liebknecht durch einen Schlußantrag unmöglich gemacht. Die Debatte wird am Dienstag fortgesetzt werden.

### Dr. Heim in der Budgetkommission.

Unter dieser Überschrift veröffentlicht der „Bayrische Courrier“ einen jedenfalls von Dr. Heim selbst herrührenden Artikel, in dem erklärt wird, die Behauptung, Heim habe die Polen um ihren Sitz in der Budgetkommission gebeten, sei unrichtig. Vielmehr sei Heim von polnischer Seite gefragt worden, wie es komme, daß er bei der Beratung der Reformfrage nicht für seine Partei der Budgetkommission angehöre. Heim habe erklärt, von befreundeter Seite seien Schritte getan worden, damit er für das Zentrum in die Budgetkommission eintreten könne; das sei aber rundweg abgelehnt worden. In liebenswürdiger Weise sei ihm dann von den Polen ihr Sitz angeboten worden, er habe dann auch von diesem Anerbieten Gebrauch gemacht. Nicht besser als ihm sei es dem General Häusler ergangen, der früher beim Militär sei immer der Budgetkommission angehört habe und dem in diesem Jahre die Entsendung in seine Kommission direkt verweigert worden sei. Ein führender Zentrumsabgeordneter habe geäußert, es werde zu gegebener Zeit auf solche Verhältnisse in der Zentrumsfraktion des Deutschen Reichstags zurückzukommen sein. Unrichtig sei es, daß es auch in der polnischen Fraktion wegen der Kommissionsbesetzung zu Auseinandersetzungen gekommen sei, richtig dagegen, daß man von Zentrumsseite beim Vorsitzenden der polnischen Fraktion vorstellig geworden sei, um die Delegation Dr. Heims zu hinterreiben.

### Arguß vor dem Selbstverständlichen?

Pfarrer Korell, der in Gießen-Nidda unterlag, richtet eine Erklärung an seine Wähler, in der es heißt:

„Dem dringenden Verlangen meiner Parteifreunde entsprechend, habe ich mich für die Gießener Nachwahl als Kandidat zur Verfügung gestellt. Ich lege meinen Auftrag in die Hände des Wahlschusses zurück.“

Aus dieser Erklärung folgert die „Deutsche Tageszeitung“:

„Herr Pfarrer Korell scheint demnach doch denken zu tragen, eine Wahlparole für den Sozialdemokraten auszugeben.“

### Die Extrawahl für Privatbeamte.

Der Agitation bestimmter Kreise der Privatbeamten ist es angeblich gelungen, Zugeständnisse zu erzielen, die einer Durchbrechung des Prinzips der Privatbeamtenversicherung vorteilhaft ähnlich sehen. Nach Mitteilungen bürgerlicher Blätter ist die Regierung nämlich gewillt, Erlaßentwürfe (Werks-Pensionskassen) zuzulassen. Die Bedingungen lauten in der Hauptsache darauf hinaus, daß die Mindestleistungen der staatlichen Versicherung erfüllt werden, daß die Beiträge der Unternehmer nicht niedriger sind und daß bei Stellenwechsel die Anwartschaft aufrecht erhalten werden kann. Kassen, die den Anforderungen nicht genügen, können als Zuschußkassen beibehalten werden.

Man wird erst abwarten müssen, ob diese Mitteilungen als richtig bestätigt werden; es kann sich dabei auch um einen Fühler handeln, den irgend eine Organisation herausgestreckt hat.

### Die Stichwahl in Gießen.

Der Wahlschluß der Nationalliberalen in Gießen hat mit 13 gegen 5 Stimmen beschlossen, den nationalliberalen Wählern die Stimmabgabe für die Stichwahl freizugeben. Die nächste Folge war der Rücktritt einzelner führender Nationalliberalen von ihren Vorstandsämtern. Die Fortschrittliche Wahlparole war bis zum Montagabend noch nicht bekannt.

Die antimilitärische „Tägliche Rundschau“ speit schon Gift und Galle. Sie nennt den Beschluß des nationalliberalen Wahlschusses „geradezu widersinnig“; der Antimilitarist sei doch immerhin ein bürgerlicher Gegner. Derselben Tone werden natürlich die anderen Organe des Schnapsjunkerblades anschlagen.

### Der Reichskanzler entschuldigt sich.

Die „Kreuzzeitung“ hat vor einigen Tagen eine Zuschrift veröffentlicht, deren Ursprung auf Klein-Schnauke zurückzuführen sein dürfte, und in der dem Reichskanzler scharfe Vorhaltungen wegen seiner Rede im Landtag über die Frage des Antimodernisteneides gemacht worden sind. Darauf kommt nun die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ in ihrem Wochenrückblick zu sprechen und fährt aus:

Die Bedeutung der Rede des Ministerpräsidenten ist nicht nur im Inlande, sondern auch im Auslande, soweit uns bisher Stimmen vorliegen, zutreffend erkannt worden. Eine Ausnahme machen selbstverständlich die bekannten radikalen Berliner Blätter; außerdem auch eine Zuschrift an die „Kreuzzeitung“ von besonderer Seite, die den Anschein erwecken könnte, als teilte sie Interessen der konservativen Partei eine maßgebende Rolle in dieser das Gesamtwohl des Landes berührenden Frage zu. Für den Ministerpräsidenten schieden bei der Behandlung dieser Angelegenheit parteipolitische Erwägungen ganz aus. Wir glauben, daß Absicht und auch Ergebnis seiner Ausführungen mit den Worten eines freikonservativen Redners richtig wiedergegeben sind, daß der Ministerpräsident durch seine Ausführungen dem konfessionellen Frieden in Preußen einen großen Dienst erwiesen hat.“

Der Versuch des Kanzlerblattes, zu beweisen, daß sein Herr und Meister nicht in einem Abhängigkeitsverhältnis zu den Konservativen stehe, kann als völlig danebenstellungen bezeichnet werden. Herr v. Heydebrand führt ein strenges Regiment, und wie sehr man davon in der Umgehung des Reichskanzlers überzeugt ist, das beweist der vom Kanzlerblatt veröffentlichte Entschuldigungszettel. Daß damit die Konservativen zufriedengestellt sein werden, ist nach den seitherigen Erfahrungen nicht anzunehmen und Herr v. Heydebrand wird gewiß die nächste Gelegenheit wahrnehmen, dem Kanzler einbringlichst zu Gemüte zu führen, daß er den konservativen Wünschen stets Rechnung zu tragen hat.

### Dem Verdienste seinen Orden.

Kriegsminister von Heeringen und einige seiner Offiziere sollen als Anerkennung für ihre „Verdienste“ am Zustandekommen des neuen Quinquennats Ordens bekommen. Diese „Auszeichnungen“ sind gewiß sehr leicht verdient, denn von Bemühungen oder Kämpfen konnte ja gar keine Rede sein, nachdem die bürgerlichen Parteien von allem Anfang an bereit waren, die Militärvorlage in ihrem vollen Umfange zu bewilligen. Oder sollten die „verdienstlichen“ Kämpfe auf einem anderen Gebiete ausgegangen worden sein? Etwa zwischen Kriegsministerium und Reichsjahrgang? — Daß Herr Weruith und seine Räte Orden bekommen, ist schließlich eher zu verstehen, denn die Durchsetzung der Wertzuwachssteuer hat tatsächlich harte Arbeit gekostet. Schließlich ist's ja auch gleichgültig; eben wieder ein paar Sterne mehr am verkehrten Orte.

### Die Schiffsabgabenkommission

beriet am Sonnabend den Artikel II, der sich in den §§ 1 und 2 mit den einzelnen aus den Schiffsabgaben zu bezahlenden Strombauprojekten befaßt. Genosse Frank wies nach, daß durch die Stromverbände eine partikularistische Rückentwicklung stattfindet und die Tarifhöhe des Reiches aufgehoben werde. Die sozialdemokratische Fraktion werde beantragen, daß Tarifierhöhungen nur durch Reichsgeetze beschlossen werden könnten. — Genosse Frank begründete dann einen (auch vom Zentrumsabg. Jehnter und vom fortschrittlichen Abg. Oeser unterstützten) Antrag, den Rhein bis zum Bodensee schiffbar zu machen. Genosse Stolle wies noch einmal auf die schädlichen Folgen des geplanten Gesetzes für Sachsen hin. Eine Abstimmung fand noch nicht statt. Die nächste Sitzung ist auf Mittwoch, den 15. März, festgesetzt.

### Die Drohung mit dem Junkerparlament.

Die Konservativen werden dagegen stimmen, daß Eliaß-Lothringen drei Vertreter im Bundesrate zugestanden werden. Sie erblicken darin eine erhebliche Gefahr für die Vorherrschaft Preußens. Offenbar fürchten aber die Junker, daß sie mit ihren Argumenten im Reichstage kein Glück haben, deshalb drohen sie mit einem Eingreifen des preussischen Landtages. Die „Kreuzzeitung“ kleidet diese Drohung in folgende Form:

„Wir hoffen, daß sich eine nationale Mehrheit im Reichstage gegen den jetzigen Vorschlag zusammenfinden wird, auch ohne daß der preussische Landtag in der Preußen in höchstem Maße berührenden Änderung der Reichsverfassung seine Stimme erhebt, nachdem das preussische Staatsministerium auffälligerweise seine Zustimmung zu der Stimmveränderung im Bundesrate gegeben haben muß.“

Es gehört schon die ganze Frechheit des Junkertums dazu, mit dem preussischen Landtag zu drohen, der absolut nicht das Recht hat in Angelegenheiten einzugreifen, die der Entscheidung des Reichstags vorbehalten sind. Daß die Junker den Versuch unternehmen werden, erscheint nicht zweifelhaft, der Haß, der in den weitesten Kreisen gegen diese Karikatur einer Volksvertretung besteht, kann dadurch nur eine neue Stärkung erfahren; denn immer mehr erstarkt damit das Bewußtsein, daß eine freihetliche Entwicklung Deutschlands zur unerläßlichen Voraussetzung hat den Bruch der Willkürherrschaft des preussischen Schnapsjunkerturns.

### Frankreich.

Ein Getreuer Briand. Als die französischen Sozialisten in ihrer großen Mehrheit zur Einigung gelangten, da sonderte sich ein Häuflein der von Sozialisten gewählten Abgeordneten ab — die sogenannten „unabhängigen Sozialisten“. Sie betrieben das Eintreten für die Regierung als lehr einträgliches Geschäft, lieierten die Minister Millerand, Viviani und Briand, und unter der Führung des in allen Saiteln gerechten Herrn Gerault-Richard besorgten sie die schmutzigste parlamentarische Arbeit, deren sich die Bourgeoisradikalen schämen. Der getreueste Knappe Gerault-Richard war der Neger Legitimus, der seit Jahren abwechselnd den einen oder den anderen der beiden Wahlkreise der Antilleninsel Guadeloupe vertritt; den jeweils besseren nimmt Gerault-Richard für sich. Jedesmal bei den Wahlen sind auf Guadeloupe die schlimmsten Wahlschlingungen vorgekommen; aber die Regierung sorgte dafür, daß sie straffrei blieben; geahndet doch alles zugunsten ihrer Getreuen! Nun aber ist Briand gefallen, und das Verhängnis naht. Eine Depesche meldet: Der Neger-berufte von Guadeloupe, Legitimus, wurde vom Gerichtshof von Point-a-Pitre wegen Wahlbetrügereien zu zwei Jahren Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Rechte auf fünf Jahre verurteilt.

### Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 14. März.

Die Beratung des Lübschen Staatsbudgets wurde gestern nacht vom Bürgerausschuß beendet. Zur Deckung des Fehlbetrages soll ein Zuschlag von 10 Prozent zur Einkommensteuer erhoben werden, und zwar von allen Einkommen über 1200 Mk. Der Bürgerausschuß sprach sich auch für die den Titel „Schaffung geordneter Orchester-Verhältnisse“ tragende Vorlage des Senates auf Erhöhung der Subvention für den Musikverein aus, deren Inhalt wir gestern bereits kurz wiedergegeben haben.

Sträfkasse Streikfassenplünderung. Als die Ausperrung der Bauarbeiter am 22. Juni v. J. ihr Ende erreicht hatte, wurde die Arbeit auch in Lübeck unter der Bedingung aufgenommen, daß in erster Linie die am Orte befindlichen Arbeitskräfte zu bevorzugen seien. Trotz dieser Bestimmung haben Beauftragte des Bauunternehmers L. in Lübeck für Kücknig auswärtige Arbeitskräfte heranzuziehen versucht, da diese billiger wie die Lübschen waren. Das Bestreben der Zweigvereinsverwaltung der Bauarbeiter war deshalb darauf gerichtet, solche zugewandte Arbeitskollegen von dem Schiedsgericht in Kenntnis zu setzen und sie zu bewegen, wieder nach ihrer Heimat zurückzukehren. Natürlich mußten ihnen die Kosten der Reise zurück-erstattet werden und das ist auch von dem Vorsitzenden der Zweigvereinsverwaltung der Maurer immer besorgt worden. Die dazu nötigen Summen wurden gegen Quittung ausgezahlt und verbucht. So kam auch am 3. Juli v. J. wieder ein Trupp von 15 Bauarbeitern von Breslau, um bei L. in Kücknig in Arbeit zu treten. Der Vorsitzende der Maurer ging an die Leute heran, schilderte ihnen das oben Gesagte und bat sie, wieder nach Breslau zu fahren bezw. in andere Städte, vielleicht in Hamburg, in dem ja keine Ausperrung stattgefunden hatte, sich Arbeit zu suchen. Die Erstattung der Reisekosten wurde ihnen angeboten, alle gingen auch auf die Rückreise ein; der Vorsitzende zahlte an sämtliche 15 Mann das Geld aus. Trotz dieser Vereinbarung haben zwei dieser erwähnten Leute den Vorsitzenden der Maurer dadurch betrogen, daß sie dennoch in Kücknig in Arbeit gingen und sich somit Reise-gehalt und Spesen widerrechtlich aneigneten. Jeder der beiden bekam die Reise von Breslau nach Lübeck und die Reise von Lübeck nach Hamburg bezahlt; ferner die Unterhaltskosten am 3. Juli in Lübeck und Zehrgeld für den Tag, im ganzen 40 Mk. Da in Lübeck nichts zu erreichen war und beide „Arbeitswillige“ sich entschließen weigerten, auch nur einen Pfennig zu erstaten, beschloß die Zweigvereinsleitung der Maurer, Strafantrag bei der Lübecker Staatsanwaltschaft wegen Betrug gegen die beiden Klassenplünderer zu stellen.

Sie bekam darauf aber einen Bescheid, der im wesentlichen Teile wie folgt lautet:

Auf Ihre Anzeige vom 21. August 1910 teile ich Ihnen mit, daß ich das Verfahren eingestellt habe, da die Ermittlungen nicht ergeben haben, daß bei den Verhandlungen zwischen Ihnen und den Beschuldigten die letzteren versprochen haben, nicht nach Lübeck oder Kücknig zurück-zukehren. Es kann denselben deshalb nicht der Vorwurf gemacht werden, sich das Geld dadurch erschwindelt zu haben, daß sie die in Wirklichkeit nicht bestehende Absicht vorspiegelten, daß sie die Lübecker Gegend meiden würden. Hieraus erhellt, daß die Beschuldigten erst in Hamburg den Entschluß gefaßt haben, in Kücknig Arbeit zu suchen.

Lübeck. . . . . Der Staatsanwalt.

Hierauf erfolgte Beschwerde an den Ersten Staatsanwalt, in der hauptsächlich betont wurde: „Es ist falsch, die Beschuldigten hätten ihr Versprechen gehalten und wären von hier abgereist und erst in Hamburg hätten sie den Beschluß gefaßt, nach L. in Kücknig zu fahren und dort in Arbeit zu treten. Die Beschuldigten sind vielmehr nur zum Schein nach Hamburg gefahren, um uns zu täuschen. Sie haben in Hamburg auch gar nicht Arbeit gesucht und sich auch nicht in unserm dortigen Verbandsbureau — wohin wir sie empfahlen — gemeldet oder sich sonstwie um Arbeit bemüht. Sie haben sich vielmehr nur ein paar Tage Hamburg angelesen und sich dort für unser Geld amüsiert. Dann sind aber beide sofort wieder nach L. in Kücknig zurückgefahren. L. hatte auch in Hamburg gar keine Leute gesucht, sondern durch Agenten in Schlesien. Die Beschuldigten konnten daher nur aus ihrer Kenntnis der Dinge heraus nach Kücknig fahren, um dort Arbeit zu suchen. Denn Kücknig ist ein zum Lübschen Staate gehörender Ort von nur 147 Einwohnern: daß sich etwa die Beschuldigten nun gerade diesen kleinen Ort durch Zufall zur Arbeitsnachfrage ausgesucht haben, wird wohl niemand behaupten können.“

Aber auch der Erste Staatsanwalt versagte und lehnte die Strafverfolgung ab, das Schreiben lautete in seiner Hauptsache wie folgt:

Ihre Beschwerde weise ich aus den zutreffenden Gründen des angefochtenen Bescheides als unbegründet zurück. Nur dann, würde den Beschuldigten möglicherweise ein Betrug nachzuweisen sein, wenn festgestellt werden könnte, daß die Beschuldigten schon bei Empfang des Geldes die bestimmte Absicht hatten, nach Lübeck zurückzukehren. Gaben die Beschuldigten aber in Hamburg keine Arbeit, so war es selbstverständlich ihr gutes Recht, sich anderweit — also auch in Lübeck bezw. Kücknig — Arbeit zu suchen.

Der Erste Staatsanwalt.

Damit waren also die Streikfassenplünderer in Lübeck straffrei geblieben. In München entschied kürzlich das Landgericht I. in einem ähnlichen Falle ganz entgegen-gesetzt. Dort streikten im Mai 1910 die Arbeiter der chemischen Fabrik von Dr. Ostermaier. Die Streikleitung gab dem Arbeitswilligen A. 480 Mk. Zehrgeld in bar auf die Hand und sandte einen streikenden Kollegen mit auf die Bahn, — der für A. auf seinen Wunsch die Fahrkarte nach Frankfurt löste. Der Arbeitswillige bestieg den Zug, fuhr aber nur bis zum nächsten Vorort, wo er wieder ausstieg und nach München zurückdampfte. Im Betriebsbureau des Hauptbahnhofs ließ er sich dann den Betrag von 505 Mk. für die nicht ausgenützte Strecke zurückbezahlen, unterzeichnete die Quittung mit falschem Namen und nahm dann seine streifrecherische Tätigkeit bei Dr. Ostermaier wieder auf. Auf erfolgte Anzeige der Organisation verurteilte das Münchener Landgericht I. nun A. wegen Betruges zu drei Monaten und wegen Urkundenfälschung zu einer Woche Gefängnis. Was ist nun Rechtens, das Münchener Urteil oder die Entscheidungen der Lübecker Staatsanwaltschaft? Daß die Arbeitswilligen ungeirrt einen Streikenden totschlagen können, da ihnen stets „Notwehr“ attestiert wird, ist schon in verschiedenen Fällen festgestellt; es fehlt nur noch, daß ihnen die Klaffenjustiz auch die Freiheit des Streikfassenbetruges zuerkennt.

Die konservativen Agrarier Lübecks versammelten sich etwa 100 Mann stark am Montag nachmittag im Konzerthaus Fünfhausen und ließen sich vom Generalsekretär Künze aus Berlin einen Vortrag halten. Der aalglatte Beauftragte derer von Ar und Daim hypnotisierte den Lü-



# Konfirmanden-Kleider



**Konfirmanden-Kleid** **13<sup>75</sup>**  
aus reinwoll. Cheviot mit Faltenrock, Taille garniert ..

**Konfirmanden-Kleid** **16<sup>75</sup>**  
Prinzeßform mit Kimonoärmel aus reinw. Cheviot, Tüll-  
passe, Tüllmanschetten und Atlasgürtel ..

**Konfirmanden-Kleid** **20<sup>00</sup>**  
moderne Form, aus reinwollenem Cheviot mit Tüllpasse  
und Tüllmanschetten ..

**Konfirmanden-Kleid** **22<sup>50</sup>**  
moderne Faltenform mit Kimonoärmel aus reinw. Serge  
und Seidenblende ..

**Konfirmanden-Paletots** **13<sup>50</sup>**  
in schwarz, blau und Stoffen **6<sup>50</sup> 8<sup>50</sup> 10<sup>50</sup>**  
engl. Art ..

und höhere Preislagen

## Gebr. Hirschfeld

Modehaus für Damen- u. Kinder-Konfektion  
Lübeck, Breite Strasse 39/41.

## Beerdigungsinstitut Gebr. Müter

Fernsprecher 427. Mühlenstraße 13,  
Uebernahme ganzer Beerdigungen.  
Größtes Lager in Särgen, Grabstöcken, Metall-, Perl- u. Blattkränzen.  
Einkleidungen jeder Art. \* Billigste Preise.

## Gewerkschaftshaus Lübeck

Johannisstraße 50-52.

Mittwoch, den 15. März 1911:  
**5. letztes großes Abonnements-Konzert**  
mit nachfolgendem Ball.

Entree à Person 25 Pfg. Anfang präzise 8 Uhr.  
NB. Inhaber von Abonnementskarten zahlen zum Konzert sowie Ball  
kein Entree.

## Tonhalle.

Schüler- und Kinder-Vorstellung.  
Kinder! Kinder! Es ist erreicht!!!  
Ihr dürft am Sonntag, dem 19. März die  
**Tonhalle** wieder besuchen.  
Punkt 2 Uhr! Kommt alle!!

## Stadthallen-Theater Lübeck.

Donnerstag, den 16. März und folgende Tage, abends 8 Uhr:  
**1. Gastspiel des Fritz-Steidl-Ensembles.**

Zum 1. Male!

Der Sensationsschlager des Berliner Metropol-Theaters!

## Halloh! Die grosse Revue!

Satirische Jahresrevue v. Julius Freund. Musik v. Paul Lincke  
dirigiert die Erstauff-  
**Paul Lincke** führung persönlich.

In Szene gesetzt von Direktor Fritz Steidl.

Hauptdarsteller: Damen: Else Heß, Flora Franke, Clara Wittenberg.  
Herren: Dir. Fritz Steidl, Eugen Schulenburg, Hugo Wieser, Curt Reising etc.

## 3 große Balletts

arrangiert und einstudiert vom Königl. Mailänder Holballettmeister  
Giovanni Ceruti.

## 30 Damen vom corps de ballet.

1. Bild: Es liegt was in der Luft. 4. Bild: Das dunkle Berlin.  
2. Bild: Im Rosengarten. 5. Bild: Das glänzende Berlin.  
3. Bild: Ein Schönheitsabend. 6. Bild: Das Fest des Welfriedens.

Vorkommende Tänze u. Balletts: Der Tanz der Winde. Holländischer  
Baby-Tanz. Das Luxusballett. Apachen-Tanz. Großes phantastisches  
Silberballett: Das Fest des Welfriedens.

Anfang 8 Uhr. Ende 11 Uhr. Preise der Plätze siehe Tageszettel.  
Vorverkauf täglich in den bekannten Stellen bei Nagel, Markt 14  
und Roß, Kohlmarkt 18.

Sonntags 2 Vorstellungen: Nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr.

## Hansa-Theater.

Ab 16. März:

## Gastspiel

des berühmten

## Sylvester

## Schäffer jr.

und das übrige Programm.

Preise der Plätze: Loge 4 Mk.,  
Fauteuil 3 Mk.,  
Sperrsitz 2.25 Mk., Parkett 1.75 Mk., Seiten-Parkett 1.75 Mk.,  
Parterre 1.25 Mk., Seiten-Parterre 1 Mk., Mittel-Balkon 1.25 Mk.,  
1. Balkon, Seite 1 Mk., 2. Balkon 80 Pfg., Galerie 50 Pfg.

Vorverkauf bei Sager, Kohlmarkt.

Vorzugskarten, Offizier- u. Unteroffizier-Bons, haben  
keine Gültigkeit.

Auf Kredit  
und gegen  
bar.

Auf Kredit  
und gegen  
bar.

Reell

Reell

## Kleinste Anzahlung

Abzahlung  
pro Woche von

**1 Mark**  
an.

In Krankheitsfällen, Arbeitslosigkeit  
usw. größte Rücksichtnahme.

Möbel

Herren-Konfektion

Damen-Garderobe

Manufakturwaren

Teppiche

Spiegel

Diwans

Sofas

Wäsche

Gardinenu. Portieren

Kulant

Billig

## S. Sachs

Lübeck

Schmiedestr. 2.

Schmiedestr. 2.



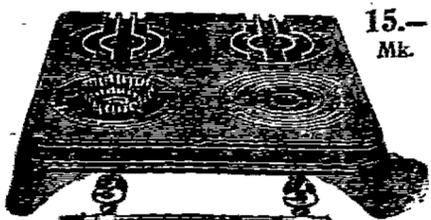
## W. Klüssendorf

Klempner u. Mechaniker

Huxstr. 116-118 Lübeck Fernsp. 1159



Installation von Gas-,  
Wasser-, Klopsett- und  
Badolbungen, Haus-



15.-  
Mk.

Telegraphen und Blitz-  
ableitern. — Anlage  
von Bleieröhren.

Reparatur-Werkstatt. — Rete Rabattmarken oder 4% in bar.

## Verein der Musikfreunde.

Mittwoch, den 15. März 1911  
abends 8 Uhr.

in der Stadthalle:  
**24. volkstümliches Konzert**  
(Orchester 52 Musiker.)

Leitung:

Herr Walter Unger, Kaiserlicher  
Musikdirektor aus Metz.

Zur Probe.

Zur Aufführung kommen u. a.:  
Ouverture zu „Figaros Hochzeit“  
W. A. Mozart.

VII. Sinfonie E moll I. Satz  
A. Bruckner.  
Siegfried-Idyll  
R. Wagner.

Programm im Lübecker Konzert-  
Anzeiger.

## Ein „Korruptionsfonds“ im Reichsamte des Innern?

Kleine Ursachen, große Wirkungen: diese Wahrheit haben die Zentrumsvertreter der Budgetkommission des Reichstages erfahren, als sie beim Kapitel Reichsamte des Innern beantragten, die Ausgaben „für die Hebung des Kalkabfuges“ sollten wenigstens einigermaßen spezialisiert werden.

Auf Grund des Reichs-Kalkgesetzes vom 1. Mai 1910 wird für jeden Doppelzentner Kalk eine Abgabe von 0,60 Mk. für die Reichskasse erhoben (§ 27 des Gesetzes) und es erheben sich deshalb zum ersten Male 4 800 000 Mk. als Einnahme im Etat des Reichsamtes des Innern. Das Reichsamte des Innern hat diese Summe ohne nähere Spezialisierung in die Ausgaben eingestellt. Die Zentrumsabgeordneten Speck, Erzberger, Groeber, von Hertling, Nacken, Dr. Pichler, Dr. Spahn und von Thünefeld beantragten deswegen, 950 000 Mark „zur Hebung des Kalkabfuges“ auf drei besonders angeführte Ausgabenposten zu buchen und den Rest von 3 850 000 Mk. — ja, wohin mit dem Rest? — Das war die „brennende“ Frage.

Das Kalkgesetz bestimmt im § 27, daß die betreffenden Ausgaben zur Deckung der Ausführungskosten des Gesetzes und zur Propaganda für die Hebung des Kalkabfuges verwendet werden sollen. Dieser Wortlaut unterliegt die Auffassung, daß die Ausgaben nicht für allgemeine Reichszwecke verwendet werden dürfen. Wenn man aber mit den Abgg. Speck und Erzberger annimmt, daß ein Spezialgesetz durch ein allgemeines Finanzgesetz abgeändert werden kann, oder wenn man mit den sozialdemokratischen Kommissionsmitgliedern aus der Geschichte des § 27 die Berechtigung für eine allgemeine Verwendung der Gelder herleitet, gewinnt das Reich für allgemeine Zwecke alljährlich eine Einnahme von mehreren Millionen. Unsere Genossen wieten nach, daß alle Schwierigkeiten vermieden worden wären, wenn man bei der Gesetzesberatung die sozialdemokratischen Anträge angenommen hätte, nach denen die Kalkindustrie-Abgaben auch für die Reichsfinanzen nutzbar gemacht werden sollten. Die Mehrheitsparteien sind seinerzeit nicht darauf eingegangen; es gelang nur, dem Gesetze den sozialdemokratischen Antrag einzufügen, nach dem die Einnahmen und Ausgaben auf Grund des § 27 des Kalkgesetzes im Reichshaushaltsetat aufzuführen sind. Wäre dieser sozialdemokratische Antrag nicht angenommen worden, hätte der Reichstag überhaupt kein Kontrollrecht über die vereinnahmten Millionen. In diesem Jahre verfügt die Regierung nach ihrer Angabe über 4 800 000 Mk. Einnahme aus den Kalkabgaben; in Wirklichkeit wird sich die Summe auf mindestens 5 320 000 Mk. belaufen, denn der Kalkabfug für 1911 ist vor kurzem von der Reichsfinanzstelle auf 9 019 400 Doppelzentner festgestellt worden. Auf Grund dieser Angabe beantragten die Sozialdemokraten im Etat die Summe von 5 420 000 Mk. als Bruttoeinnahme einzustellen.

Allerdings ist diese Summe nach dem Wortlaute des Gesetzes nicht als allgemeine Reichseinnahme aufzufassen; aber mindestens hat der Reichstag die Verausgabung zu kontrollieren. Wer erhält das Geld? Wie wird seine Verwendung kontrolliert? Diese brennlichen Fragen wurden durch den Zentrumsantrag angeschnitten und die Folge

waren lebhaft und hochinteressante Debatten in der Budgetkommission. Diese Debatten sind noch nicht zum Abschluß gekommen, trotzdem ist ihr bisheriges Resultat für unsere innerpolitischen Zustände außerordentlich kennzeichnend.

Die Zentrumsabgeordneten Speck und Erzberger gingen in der ersten Sitzung wegen der mangelhaften Etatsaufstellung sehr resolut gegen die Regierung vor. Erzberger erklärte rüchheraus, es bestehe die Gefahr, daß ein Korruptionsfonds, ein Fonds für Schmiergelder eingerichtet werde, wenn der Reichstag keine Spezialisierung der Ausgaben vornehme. Die Regierung habe keine besonderen Vorschläge gemacht, obgleich ihr die Zentrumsanträge längst bekannt seien. Gegen den schweren Vorwurf, indirekt die Bildung eines Korruptionsfonds zu unterstützen, verwahrte sich die Regierung, allerdings mit der Reserve, die sie einer maßgebenden Partei schuldig zu sein glaubt. Nachdem von sozialdemokratischer und von volksparteilicher Seite entschieden Auskunft über die Verwendung der Propagandagelder gefordert worden war, erfolgte die interessante Regierungserklärung: Das Kalksyndikat, dem vermutlich nach dem dunklen Plane der Regierung die auf Grund des § 27 des Kalkgesetzes eingegangenen Einnahmen für die Propaganda zur Verfügung gestellt werden sollen, hat im vorigen Jahre an die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft 179 491 Mk., an den Bund der Landwirte etwa 57 000 Mark und an den Westfälischen Bauernverein etwa 50 000 Mk. gezahlt.

Die in Frage kommenden Organisationen sind als rückwärtslose Vertreter hochschulpflichtiger agrarkonservativer Politik bekannt! Nur ihnen sind, nach der eigenen Angabe der Regierung, erhebliche Beihilfen in der Form von „Propagandageldern“ für die Erhöhung des Kalkabfuges“ geleistet worden. Auf die Frage, warum die übrigen Bauernvereinigungen, z. B. der Bauernbund, die Bauerngenossenschaften in Schlesien und Bayern keine Zuwendungen erhalten hätten und ob man daran denke, in Zukunft auch sie zu berücksichtigen, gaben die Regierungsvertreter nur unbestimmte Antworten. Da die Propagandagelder nicht den Charakter von Rabattvergütungen tragen, sondern nach dem Geheiß aller Vereinigungen und Personen zugewendet werden können, die die Verwendung von Kalk propagieren wollen, fragten die Sozialdemokraten, ob auch die Landarbeitervereine und die Großkalkausgesellschaft der Komiumgenossenschaften (Hamburg) Beihilfen zu erwarten hätten. Auch auf diese Frage gab die Regierung keine klare Antwort. Statt dessen bemühten sich die Mitglieder des Bundes der Landwirte, die Abgg. v. Brodhagen und Noe die um den aussichtslosen Versuch, nachzuweisen, daß der Bund der Landwirte keine — Parteipolitik betreibt. Außerdem würden die Propagandagelder der „Verkaufsstelle“ des Bundes der Landwirte zugeführt, nicht ihm selbst. Aber gerade mit dieser „Verkaufsstelle“ betreibt der Bund die stärkste Agitation. Durch die Kommissionsdebatte ist unzweifelhaft festgestellt, daß nur die agrarkonservativen Organisationen nach und nach durch den Inkrafttreten des Kalkgesetzes bedeutende Geldmittel aus einem jetzt reichsgezüglichen Fonds bezogen haben und weiterbezogen sollen, aus einem Fonds, der eine allgemeinnützige Bestimmung im weitesten Wortbegriffe haben soll.

Da für diesen Fonds 1911 voraus sieht-

lich gegen sechs Millionen Mark eingehen werden, kann man recht wohl verstehen, daß ein Kommissionsredner die Befürchtung aussprach, auf dem Wege der Zuweisung von „Propagandageldern“ könnten von der Regierung, auch ohne daß sie es beabsichtigt, enorme Zuschüsse für die Reichstagswahlkosten geleistet werden! Die Mitteilungen über die bisherigen Zuwendungen zeigen deutlich genug, welche politische Richtung dadurch allein begünstigt wird. Der Ausdruck „Korruptionsfonds“ ist darum von den beiden süddeutschen, wahrscheinlich wohl unterrichteten Zentrumsabgeordneten mit voller Absichtlichkeit gebraucht worden.

Nebenbei gab die Debatte auch einen interessanten Einblick in die vielgerühmte „Geschlossenheit“ des Zentrums. In der zweiten Sitzung polemisierte Abg. Dr. Spahn (Bonn) ausführlich gegen — den von ihm mitunterzeichneten Antrag Speck-Erzberger, der inzwischen durch einen inhaltlich nicht wesentlich veränderten Antrag Speck ersetzt worden war. Der Antrag Speck wurde dann wieder zugunsten eines konservativen Antrages zurückgezogen; wieder war einmal eine konservativ-kerikale Verständigung zustande gekommen. Auch dieser Antrag hält einer strengen Auslegung auf Grund des Kalkgesetzes nicht stand. Durch seinen ersten Antrag hat das Zentrum die Erörterungen veranlaßt und alle seine Veruche, die Geschichte sachte wieder einzurenken, scheitern an dem Willen der Linken über die Verwendung der Millionen genante Auskunft und eine wirksame Kontrolle zu erhalten.

Dieser Entschluß wurde durch die Rede des Zentrumsabgeordneten und bayerischen Bauernführers Dr. Heim in der Freitaagsitzung der Budgetkommission noch wesentlich verstärkt. Heims Auftreten war in doppelter Hinsicht ein Ereignis. Obgleich er ein sehr gründlicher Kenner der Kalkfrage ist, verweigerte ihm seine Fraktion einen Sitz in der Budgetkommission. Auf Heims Bitte überließen ihm — die Polen den Sitz Korfantys! Daß ein fachkundiges Fraktionsmitglied genötigt ist, bei einer anderen Fraktion zu hospitieren, weil ihn die eigene nicht reden lassen will, gibt sicher zu nachdenklichen Betrachtungen über die Festigkeit des „Zentrumssturmes“ Anlaß. Allerdings wird das gewalttätige Verfahren der Zentrumsfraktion verständlich, wenn man Dr. Heims Rede verfolgt. Heim enthielt, daß die Kalkindustriellen mit Kenntnis der Regierung einen Vertrag mit den agrarkonservativen Vereinen abgeschlossen haben, nach dem alle anderen, besonders die kleinen bäuerlichen Genossenschaften gezwungen sind, sich jenen privilegierten Vereinen unterzuordnen! Wenn die anderen bäuerlichen Genossenschaften Dingenalze beziehen wollen, werden sie vom Kalksyndikat — in dem der preussische Fiskus eine gewisse leitende Stellung einnimmt — an die Privilegierten verwiesen. Für die Gesamtmenge des Abfuges, die auf diesem Wege erreicht wird, erhalten, wie Dr. Heim widerspruchslos behauptete, nur die privilegierten Vereine: der Bund der Landwirte und die ihm verwandten Organisationen die hohen Rabattvergütungen. Die kleinen Bauerngenossenschaften erhalten keine Rabatte, weil die anrechnungsfähige Bezugsumme sehr hoch bemessen wurde. Auf diese Weise erhalten der Bund der Landwirte usw. einmal die hohen Zuwendungen aus dem Propagandafonds und außerdem auch die hohen Rabattätze! So

## Die Vagabunden.

Von Karl v. Soltei.

(5. Fortsetzung.)

Viertes Kapitel.

Der alte Baron Kannabich, der Liebenau, den ersten Schauspieler dieses schlichten Romans, von seinem Vater (dieser wieder von dem seinigen und so weiter hinauf) ererbt hatte, war auch einmal jung gewesen, wie das bei vielen alten Baronen der Fall zu sein pflegt. Und als er jung, war er ein wilder, nichtsnutziger, niederlicher junger Herr gewesen, wie das bei vielen jungen Baronen der Fall zu sein pflegt. Deshalb hatte er denn auch in seine älteren Tage vorher eine andere gebracht, als drei Töchter, deren Mutter bei der Geburt der jüngsten starb, — dreimal so viel Schanden, als schon bei seines Vaters Lebzeiten auf Liebenau geschafet, — einen unverfügbaren und unbesiegbaren Durst (doch nicht nach Wasser), — und endlich eine drei mal drei, folglich neunmal größere Nase, als Freiherrn, Ritter und Grafen im gewöhnlichen Lauf der Dinge zu tragen beliebten. Diese Nase gab unferm Anton, welcher ihr blaurotes Farbenspiel von Kindheit auf mit besonderer Andacht abfolvierte, erwünschte Gelegenheiten, den gestrengen Gutsheeren mit dem Beinamen „Onkel Nasus“ zu behagen; eine Benennung, welche anfänglich kaum durchdringen wollte, da des Pastors Söhne vorher eine andere geschaffen. Sie behaupteten, der Freiherr schreibe sich nicht Kannabich, sondern von Rechts wegen „Kannenspich“, weil er lieber aus großen „Kannen“, denn aus kleinen Gläsern trinke“. Und sie hießen ihn Onkel „Kannenspich“. In seiner Art war das nicht übel, jedoch zu kompliziert, um ins Volk überzugehen. Onkel Nasus war anschaulicher, einfacher, wurde deshalb allgemein beliebt und schlich sich endlich bis ins Schloß, wo es dann durch Diener und Mägde bis zur sogenannten Kammerjungfer und durch solche wieder bis zu den „Schloßfräulein“ selbst gelangte, welche halb genug waren, es auch zu akzeptieren und in guter Laune ihren oft in sehr übler Laune polternden, ungnädigen Papa „Onkel Nasus“ zu schelten, obgleich dieser keines Menschen Onkel oder Onkel war, denn er hatte niemals Bruder noch Schwester belesen; er war ein einziges Kind.

„Onkel Nasus ist heute wieder mit dem linken Fuß zuerst aus dem Bette gestiegen! — Onkel Nasus hat heute wieder einmal zu tief ins Glas geguckt! — Mit Onkel Nasus ist seit acht Tagen nichts anzufangen!“ — Das waren Anfe-

rungen, die nicht selten in den jungfräulichen Gemächern der drei Schwestern von Kannabich beim Aus- und Ankleiden vernommen wurden. Wenn auch „Nuz“ als älteste mancherlei dazwischen einzuwenden wußte, sie wurde überstimmt, da „Niez“, die zweite, in dieser Sache mit „Tietelunke“, der dritten, übereinkam; und was Tietelunke betrifft, so gestand selbige mit der ihr eigenen Unbefangenheit eine ausgesprochene Vorliebe für Anton, den Korbmacherejungen, den Gespielen früherer Zeit, den Schöpfer des „Onkel Nasus“ immer gern ein.

Damit nun aber keiner meiner Leser wähne, jene soeben genannten Namen der drei Schwestern seien denselben ursprünglichenweise am Taufsteine zuteil geworden, veräume ich nicht, beizufügen, wie „Nuz“, „Niez“ und „Tietelunke“ nur Umbildungen von Karoline, Emilie und Ottilie sind; Trausfraktionen, die wir der freien Phantasie der beiden Pastorstöhne verdanken, aus deren höfentlicher Kindheit sie sich unvermerkt in die Gymnasialzeit geschlichen und, wie so mancher Mißbrauch auf Erden, durch Verjährung geheiligt haben. Gleiches Schicksal traf übrigens die fähnen Täter, denn an beiden, Julius und Robert geheihen, blieben die vertraulichen Kindernamen „Pastor-Buschel“ und „Nuz“ fest haften, während Anton allein, nur in minder vertrauten Umgang gezogen, solcher Ehre verlustig ging. Er war und blieb schlechthin Anton, an längeren Sonnentagen, wo man mit der Zeit nicht zu geizen braucht: der Korbmacherejunge. Nuz und Niez standen ihm fern, auch bei ihren Kinderspielen, die beide, in gleichem Alter mit Buschel und Nuz, folglich als Mädchen schon reifer wie Knaben, nur aus Herablassung mitmachten. Tietelunke aber, fast um ein Jahr jünger als Anton, fand dessen Namen zu hübsch, als daß sie ihn hätte umstülpen sollen. Sie rief ihn folglich Anton; und wenn sie gut aufgelegt war, wurde manchmal Toni daraus; was wohl eigentlich keine Verzerrung, vielmehr eine verkürzende Übertragung des lateinischen Antonius ins Deutsche ist; nach welcher ihr, wie sie zu äußern liebte, bloß Kopf und Schwanz, nämlich: Au und us übrig blieb. Und mit Au-us wisse sie nichts weiter an wangen. Denn der Pastorstöhne Vorschlag, ausius daraus zu machen, gab sie zornig zurück, sobald ihr der Herr Pastor die Bedeutung dieses Wortes beigebracht.

Der Pastor nun hatte Schloßfräulein und eigene Söhne vorbereitend unterrichtet, so gut und so schlecht er dies bei reichlichem Willen imstande gewesen. Anton, der nur als halbgeduldeter Freiwilliger an jenen Lehrestunden naschen durfte, hatte das Beste davon in sich aufgenommen und das meiste, weil er von allen der Begabteste gewesen. Das Gedächtnis der feinfühlenden Tietelunke nicht. Und wie sie schlein-

bar den adeligen Stolz gegen den jungen Vurschen an den Tag legte, war sie ihm innerlich am herzlichsten zugetan. Die Neckerien ihrer Schwestern hatten es frühzeitig dahin gebracht, daß sie ihre wahren Gesinnungen in sich verbergte, wie eine Schnecke sich mit bedröhten oder gar betasteten Fühlhörnern ins Innere des Hauses zurückzieht. Nuz und Niez, minder fein organisiert und ihrem väterlichen Grobmasenträger ebenso nahe verwandt, als Ottilie der durch sie und ihr Geborenwerden entleerten zarteren Mutter, machten aus ihrer Vorliebe für Buschel und Nuz gar kein Geheimnis. Diese drei Verhältnisse wuchsen mit den drei Jahren heran, wie es eben nur in solchen ländlichen Zuständen möglich. Es war eine werdende Dorfgeschichte — nach altem Zuschnitt.

Jetzt sind Buschel und Nuz als wohlbekannte Gymnasialisten in der Hauptstadt und kommen während der Schulferien, im Sommer auch oft über Sonnabend und Sonntag, nach Liebenau zum Besuche. Sie bereiten sich fleißig vor auf ihre Prüfungen für den großen Schritt zur hohen Schule, den man damals noch nicht so zeitig tat wie später; es war noch nicht die Epoche frühreifer Weisheit und Gelehrsamkeit.

Anton, weniger unterrichtet, aber klüger als sie, schiebt seine Körbe und in diese samt den Weidenruten gar manchen besonderen, eigentümlichen Gedanken, auf den die jungen Herren Gelehrten schwerlich geraten dürften. Ihr Schulwissen hat sie geistig fast abgetötet, und so sicher sie sich durchs Examen winden werden, so gewiß sind sie flache, nüchternen, menschen gutnützige Gesellen.

Ebenso bleiben, wie bereits angedeutet, Nuz und Niez gar weit hinter Tietelunke zurück. Nicht allein an Geist, sondern, was weit mehr sagen will, auch an Charakter. Die jüngste der Schwestern ist die selbständigste, die an Willen festeste. Dabei ist sie trotzig-beckenden, mit seltenen Ausnahmen nachgiebig, ja unterwürdig und den älteren gehorsam.

Ihr eigentümliches Wesen zeigte sich schon hervorragend, da sie, ein sechsjähriges Kind, mit den Kindern des Hofespiels spielte. Alle barfüßigen kleinen Jungen, bis zu jenen zehnjährigen Schlingeln hinauf, welche bereits vom Dorfsekundmeister für die kirchliche Kinderlehre vorbereitet wurden, fügten sich anerkennend ihrem geistigen Übergewicht. Dieses war so entschieden, daß es sogar ein weibliches wurde. Fräulein Tietelunke führte strenges Regiment und prügelte nötigenfalls ihre jungen Verehrer tüchtig durch, was diese ohne Widerrede sich von ihr gefallen ließen, während sie sich doch gegen Nuz und

wird die agrarkonservative Wahlklasse geseift. Heim erklärte, der jetzt vom Zentrum unterstützte konservative Antrag bedeute eine Verewigung dieser Wirtschaft!

Die unüberlegten schweren Anklagen Heims gegen die Verwendung der „Kriegsgelder“ allein nötigen den Reichstag zu einer gründlichen Durchleuchtung der besten Beziehungen zwischen Regierung, Landwirtschaftsbildern und Kolonialindustriellen; die gesamte Kolonialdebatte ist ein zwingender Beweis für die Notwendigkeit, daß die Volksvertretung die Gelegenheit benützt, einmal gründlich nach dem Rechten zu schauen!

## Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin, den 19. März 1911.

146. Sitzung, Mittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstische: Dr. Delbrück.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt Präsident Graf Schwerin mit, daß er gestern dem Prinzregenten Luitpold von Bayern zu seinem 90. Geburtstag telegraphisch im Namen des Reichstages gratuliert habe; der Prinzregent habe telegraphisch geantwortet.

Während der Präsident das Antworttelegramm verliest, erheben sich die Abgeordneten mit Ausnahme der sozialdemokratischen Abgeordneten Geck und Stadthagen von den Plätzen.

Präsident Graf Schwerin: Sie haben sich von den Plätzen erhoben, um der Ehrerbietung vor dem Jubilar Ausdruck zu geben. (Zuruf: Stadthagen nicht.) Ich stelle das fest.

### Zweite Lesung des Stats für das Reichsamt des Innern.

Dr. Stresemann (Mitt.) bittet den Staatssekretär darauf zu achten, daß der deutsche Handel nach Finnland keinen Schaden dadurch erleide, daß Finnland ins russische Zollgebiet einbezogen wird, wüßte dann das kanadisch-amerikanische Zollabkommen in seiner Bedeutung für den Handel und fragt den Staatssekretär, ob es richtig sei, daß Kanada Vergünstigungen erhalten habe, die der deutsche Handel nicht erhält. Unter Handel mit Portugal hat sich für Portugal sehr günstig entwickelt, aber weniger günstig für uns. Wir haben eben im portugiesischen Handelsvertrag Portugal zu große Zugeständnisse gemacht. Der Reichstag hat leider auf die Einzelheiten von Handelsverträgen keinen Einfluß, nur der wirtschaftliche Ausblick. Deshalb ist es sehr zu bedauern, daß die fischliche Industrie nicht in ihm vertreten ist. — Für die Weltausstellung in Turin sind 120 000 Mark in den Etat eingelegt; das ist eine lächerlich geringe Summe, mit der eine würdige Vertretung des Reiches nicht möglich ist. — Unsere Wirtschaftspolitik ist im Kerne gesund. Es ist unbegreiflich, wie so vom Fund der Landwirte und von Konservativen das Heideberger Programm bekämpft wird. Die gesamte nationalliberale Partei steht auf dem Boden

### des Schutzes der nationalen Arbeit durch Schutzzölle;

aber der Hochschulgedanke darf nicht überspannt werden, weder in der Industrie, noch in der Landwirtschaft. Es ist nicht Schutts, sondern Schädigung der nationalen Arbeit, wenn von den Syndikaten die Kohlstöße aus Ausland so billig verkauft werden, daß der inländische Fabrikant nicht mehr konkurrieren kann. (Sehr richtig! b. d. Mitt.) Es ist unwahr, daß der Reichstag sozialpolitisch nichts geleistet hat, wir treiben

### Sozialpolitik im Bismarckschen Sinne

der Unterstützung wirklich Bedürftiger. Eine halbe Milliarde Mark wird jährlich vom Reich und den Ländern zum Gunsten der Arbeiterversicherung aufgebracht. (Hört, hört! b. d. Mitt.) Wenn die Sozialdemokraten behaupten, die Arbeitgeber tun sich was zugute darauf, daß sie die Arbeiter nicht mehr verhungern, sondern nur noch hungern lassen, so ist das übertriebene und Unethisches. Der Ausführungen des Herrn Kollegen Lutz über den Unfug der Sozialdemokratie mit dem

### Schott und Koalitionszwang

kann ich mich nur anschließen, er muß auf das härteste bekämpft werden! (Bravo! rechts) allerdings nicht durch Ausnahmengesetze. Die Privatbeamten-Versicherung sollte noch in dieser Session zustande kommen. (Zuruf: b. d. Mitt.) Die nationalliberale Politik wird auch in Zukunft auf den Ausgleich der widerstreitenden Interessen getichtet sein. (Bravo! b. d. Mitt.)

Wie, räumend zur Wehr setzten und die anädigen jungen Schloßfräulein vermahnen wüßten, daß Onkel Natus oft mit der Karbatsche dazwischen hauen mußte.

Sehr bescheiden ist folgender Vorfall: Gottfried, des Schulmeisters Sohnlein, gleichfalls um einige Jahre älter als Tielewank und durch seinen Vater eine Art von Respektperson für den Liebenauer Nachwuchs, hatte einmal gemacht, sich als solche geltend zu machen und der jungen Gebieterin chertan zu verweigern. Man war allgemein erzornnt, welche Folgen daraus entstehen würden. Tielewank ließ sich ein Stückchen reichen, befiel dem rebellischen Gottfried still zu halten (was dieser in stummem Erstaunen wußlich tat) und erklärte mit fester Stimme, sie werde dem Schuldigen fünfundsanzig Streiche geben. — (Wem die Schuld zu hart und die Summe der Schläge zu groß erscheint, der wird zu bedenken ersucht, daß die Entschädigung damals noch nicht zählen konnte und mit 25 einen unbedeutenden Begriff bildete; es war, wie wenn sie drei oder sieben gesagt hätte.) — Beim ersten Streiche schon zerbrach das dünne Stückchen. War nun wirklich kein anderes zu Hand, oder schafften die Kinder keines mehr herbei, weil sie Gottfrieds Vater zu erzürnen fürchteten: die Zerknirschung konnte nicht festgesetzt werden. Da sagte Tielewank: „Wu der Hand schlag' ich einen so unlauberen Buben nicht; er mag laufen, aber ich spiele nicht mehr mit ihm!“

Am anderen Tage, als zur gewöhnlichen Spielstunde sich das muntere Pöckchen auf dem grünen Kirchhofe versammelte, sah Tielewank an ihrer Mutter Gräfin und spielte nicht mit den anderen. Und nun kam Gottfried, reichte ihr ein härteres Stückchen dar, sprechend: „Gib mir meine Strafe, Tielewank; das wird schon anschalten, ich hab' es selber abgemessen; wenn ich aber geprügelt bin, spiele auch wieder mit mir.“

Von jenem Abende schreibt sich Unions Reizung für Ottilien.

Diese Reizung würde bis auf den Zeitpunkt, welcher unsere Erzählungen eröffnet, schon zur herzen, wenn auch halb hoffnungslos, doch eben darum schmerzlicheren Liebe eines reiferen Knaben herangeblüht sein, unteren jungen Freund gänzlich in Anspruch genommen haben, hätte nicht die für ihn Geschickte fast zu männliche Energie des Fräuleins den Fortmacher beständig und unheimlich abgeköhlt. Er wagte nicht, für sie zu schwärmen, auch wenn er allem was sagt, weil er bestreitet, sie konnte ihn beständig ver-

Staatssekretär Dr. Delbrück: Der Abgeordnete Hecker hat am Sonnabend zu meiner großen Freude anerkannt, daß Deutschland auf dem Gebiete der Sozialpolitik positive Leistungen aufzuweisen hat; freilich schätzt er diese Leistungen, die durchweg gegen den Widerstand der Sozialdemokratie zustande gekommen sind, ziemlich gering ein. Herr Stresemann hat schon ausgeführt, daß rund eine halbe Milliarde Mark jährlich für Zwecke der Arbeiterversicherung verausgabt wird. Das darf auf keinen Fall

### als eine Kleinigkeit

bezeichnet werden. Freilich schätzt Herr Fischer diese Leistungen, die durchweg gegen den Widerstand der Sozialdemokratie zustande gekommen sind, ziemlich gering ein. Er stellte Rechnungen an, die teilweise schon der Abgeordnete Stresemann richtig gestellt hat. Herr Stresemann hat schon ausgeführt, daß rund eine halbe Milliarde für Zwecke der Arbeiterversicherung verausgabt wird. Ich gebe zu, es ist sehr wichtig, den jährlichen Überschuss des Nationalvermögens genau zu veranschlagen; aber auf keinen Fall ist eine halbe Milliarde als eine Kleinigkeit zu bezeichnen. (Sehr wahr! rechts und b. d. Mitt.) Herr Fischer hat von der sozialpolitischen Unfruchtbarkeit der letzten Jahre gesprochen. Die Regierung hat dem Reichstage eine solche Fülle von sozialpolitischen Gelegenheitswünschen vorgelegt, daß es bekanntlich recht zweifelhaft ist, ob er sämtliche Vorschläge in dieser Session wird erledigen können. Wenn die Reichsversicherungsordnung nicht zur Erledigung gelangen sollte, so ist das wirklich nicht die Schuld der Regierung und noch weniger die Schuld der Reichstagskommission. Der Abgeordnete Fischer hat auch darüber Klage geführt, daß in den letzten Jahren zu wenig Bundesratsverordnungen über die Regelung von Arbeitsverhältnissen erlassen sind. Aber das liegt einmal daran, daß natürlich, nachdem in früheren Jahren diese Verordnungen zahlreich erlassen sind, die Zahl der in Betracht kommenden Gewerbe sich vermindert, sowie ferner an der durch die Praxis gewonnenen Erkenntnis, daß vielfach die Reglementierung für das ganze Reich unzumutbar für Arbeiter und Arbeitgeber. (Lebh. Zuruf rechts.) Der Regierung wird auch zum Vorwurf gemacht, daß sie noch nicht die Frage der

### Tarifverträge

reichsgesetzlich geregelt hat. Gewiß ist die Tarifbewegung eine außerordentlich wichtige; aber der Zeitpunkt für eine gesetzliche Regelung scheint mir noch nicht gekommen. Die Vorbedingung für ein Reichstagsgesetz ist die Rechtsfähigkeit der Tarifvereine und diese stößt auf mannigfache Schwierigkeiten. Es geht nicht an, wie manche wollen, den Tarifvereinen nur die Rechte, aber nicht die Pflichten juristischer Personen zu geben. (Sehr wahr! rechts.) Die Frage kann meines Erachtens nur so geregelt werden, daß die Tarifvereine für die Durchführung der Tarifverträge mit ihrem Vermögen haften. (Sehr richtig! rechts.) Andererseits ist eine gesetzliche Vollstreckbarkeit der Tarifverträge unmöglich. Man soll aber den Mangel einer gesetzlichen Regelung dieser Frage nicht allzu tragisch nehmen. Mit den Tarifverträgen geht es wie mit den angeblich auf ewig geschlossenen Staatsverträgen; sie werden gehalten, so lange es den Interessen der beiden vertragsschließenden Teile entspricht. (Beifall und Zustimmung.) Unter solchen Umständen halte ich zurzeit die gesetzliche Regelung der Tarifverträge für nicht geboten, so sehr auch eine solche Aufgabe einen

### latenten Minister

anreizen könnte. (Zurufen und Zur. hört) Redner verbreitet sich sodann in einzelnen oftmals unverständlich, über zahlreiche Fragen der Mittelstands- und allgemeinen Wirtschaftspolitik. Er hebt die Schwierigkeiten hervor, die der im Zentrum und von der Rechten in ihren Resolutionen geforderten weiteren Einschränkung des Haufenshandels durch die Reichsgesetzgebung entgegenstehen. Der Abgeordnete Fischer hat bemerkt, daß die Reichsregierung noch nicht die gesetzliche Regelung der Syndikate in Angriff genommen hat. Die Regierung verfolgt diese Frage mit gespanntester Aufmerksamkeit. Über angelegte der großen Schwierigkeiten, die hier vorliegen, erscheint eine gesetzliche Regelung mindestens vorläufig unangebracht. Herr Müller-Meiningen hat im vorigen Jahre angekündigt, er werde solange Interpellationen über die Handhabung des neuen Vereinsgesetzes einbringen, bis es im Sinne des Gesetzgebers ausgeführt wird. Ich freue mich, daß er sich diesmal auf eine Anfrage bei meinem Etat beschränkt hat; ich schreibe daraus, daß die Beschwerden über Missstände, wie sie anfangs vorkamen, erheblich zurückgegangen sind. (Lachen links.) Es entspricht dies auch meinen eigenen Beobachtungen. Der Abg. Müller-Meiningen hat ja einige Beschwerden über Schikanen vorgebracht und ein Eingreifen dagegen verlangt. So lange ich mit den Zentralbehörden über die Grundzüge der Ausführung des Vereinsgesetzes einig bin, habe ich zum Eingreifen keinen Anlaß. Die Erörterung

spotten. Sie, die ihn oft schon „Korbmachermädel“ gescholten, weil er so leicht sich der Nührung hingab; sie, die als kleines Kind schon beklagt, daß sie nicht ein Junge geworden. Es ist recht böse von meinem romanigen Papa, hatte sie damals immer geäußert, daß er, als der Klapperkoth, der meine arme Mutter totgebissen, mich ihm brachte, nicht ausgegrufen hat; das ist ein Junge. Es hing ja von ihm ab. Er dürste nur wollen, gleich war ich ein Junge wie ihr, und hieß Otto, statt Ottilie. Jetzt muß ich ein dummes Mädel sein und lange Röcke tragen.“

So hatte sie damals geredet, und redete nun freilich nicht mehr so, aber der Wunsch, ein Jungling zu werden, hat eine Jungfrau zu sein, schien sich ihr noch bei ihr geltend zu machen. Diese Richtung hörte Anton in der sehr schätzbaren Andacht einer ersten ungeschulden Liebe. Er zitterte fast vor der, die er anbeten wollte, wie sanft, wie weiblich, wie anmuthig sie auch sonst sein mochte.

Sobald Pastor-Winkel und Kudds in Liebenau eintrafen, sah vom Staube des Weges einigermaßen geküßert hatten, begaben sich beide ists regelmäßig und ohne Aufschub aus dem Pfarrhause nach dem Herrenhause, um Onkel Natus die Hand zu küssen, der seinen Mädels allsobald befiel, Wein und Brot vorzusetzen. Dann ritt er aus und ließ die zwei Paare reiten, was ihnen gefällig war. Gewöhnlich unternahmen sie einen Spaziergang, den die „Studenten“ mit ihren beinahe vier Meilen in den müden Füßen möglichst abzufahren und im nächsten schattigen Wäldchen zu beenden wußten, wo man sich lagerte. Bis vor einem Jahre noch hatte man zu jedem dieser Jüge Anton abgeholt. Der Korbmacherjunge, der sauberste, hübscheste, klügste Genosse der Spielzeit, durfte nie fehlen. Jetzt war das nicht mehr so. Die Dochtersüßer hingen an, sich keiner zu schämen; in seinem Wesen lag es nicht, sich aufzudrängen. Er blieb fern, und Tielewank schlenderte allein hinter den zwei zärtlichen Paaren her, ohne durch ein Wort oder eine Miene zu verraten, daß sie den Begleiter ihrer Kindheit vermissen. Doch entschädigte sie sich dann beim Auskleiden für ihre Entbehrung, wenn sie den Schwärmern zu verkehren gab: Kudds und Winkel wichen dem vertrauten Verkehr mit ihrem ehemaligen Spielkameraden nicht dröhend aus, weil sie sich des Dorfjungen, sondern weil sie sich vor ihm schämten, der in seiner grauen, grobleinernen Jacke zielicher, vornehmer, unterrichtet sei, als die plumbea Schulkegel.

(Fortsetzung folgt.)

von Schikanen, die entgegen den Anweisungen der Zentralbehörden vorkommen, gehört in die Parlamente der einzelnen Bundesstaaten. (Sehr richtig! rechts.) Herr Müller-Meiningen verweist nun oben auf das generelle Verbot öffentlicher Aufzüge in Preußen, das eine Verletzung des Gesetzes sei. Er hätte recht, wenn ein solches generelle Verbot ergangen wäre. Der preussische Minister des Innern hat aber nur unter Hinweis auf bestimmte Vorgänge darauf aufmerksam gemacht, daß, wie die Dinge liegen, jeder öffentliche Aufzug eine öffentliche Gefahr bilden kann und daher in der Regel verboten werden soll, er hat also die Möglichkeit der Genehmigung zugegeben (Lachen links) und ich hoffe, daß die nachgeordneten Behörden die mißverständliche Auffassung, als ob jeder öffentliche Aufzug zu verbieten sei, aufgeben werden. (Erneutes Lachen links.) — Weiter verlangt der Abg. Müller-Meiningen die Verlesung

### einheitlicher Wahlurnen

zur Wahrung des Wahlscheimmis. Es ist unanständig, wenn Wahlvorsteher und Wahlvorstände sich dazu hergeben, durch künstliche Manipulationen das Wahlgeheimnis zu durchbrechen. Aber die Zahl der Fälle, in denen es geschehen ist, doch zu gering, um das Gesetz zu ändern. Unregelmäßigkeiten bei der Wahl kommen auch auf anderer Seite vor. Man könnte erwägen, ob nicht auf dem Wege der Gesetzgebung mit solchen Dingen reiner Tisch gemacht werden soll; das kann aber nicht mit einem überlasteten Reichstage und kurz vor seinem Schluß geschehen. Jedenfalls werde ich vor den Neuwahlen Anweisung geben, daß die mit der Ausführung der Wahlen betrauten Behörden dafür Sorge tragen, daß als Wahlurnen nicht Gefäße verwendet werden, die durch ihre Beschaffenheit zu Mißbräuchen Veranlassung geben, und daß auch sonst das Wahlgeheimnis gewahrt werden soll. (Bravo! links.) Weiter wünscht Herr Müller-Meiningen, daß Ortschaften mit einer geringen Zahl von Wählern zur Sicherung des Wahlscheimmis mit benachbarten Ortschaften zu einem größeren Wahlbezirk vereinigt werden. Zum Teil geschieht dies, aber man darf nicht vergessen, daß ein zu weiter Weg das Wahlrecht illusorisch machen kann. (Sehr richtig! rechts.) Angeregt ist auch die Frage der Frist der Erstwahlurnen. Ich habe von einer gesetzlichen Regelung Abstand genommen, aber die Bundesregierung darauf aufmerksam gemacht, daß die Fristen bei einer Erstwahl ebenso schnell zu erledigen sind, wie bei den Neuwahlen. Von mehreren Bundesregierungen ist mir bereits die Zustimmung zugegangen, daß so verfahren werden soll. Für ein Theatergesetz sind Gutachten von den Bundesregierungen eingefordert worden. Preußen hat bestimmte Vorschläge gemacht, über die demnächst mit den Interessenten verhandelt werden soll. Ich will daher für heute schließen mit der Inausfertigung eines Theatergesetzes. (Zuruf.)

Breslauer (W.) klagt darüber, daß es den polnischen Arbeitern außerordentlich schwer gemacht werde, die ihnen nach den Versicherungsgeetzen zuzurechnenden Renten zu erhalten. Oft werden ihnen auch die Renten wider zu Unrecht entzogen. Eine Folge der preussischen Polenpolitik ist das Abwandern der polnischen Arbeiter. In Preußen findet man mehr polnische Namen als in Polen, auch in die Bergwerke und Fabriken des westlichen Teiles der Monarchie werden die Polen gedrängt. Ein preussischer Regierungsrat scheute sich nicht zu sagen, der Westen sei von Polen durchschleht. (Hört, hört! b. den Polen.) Das ist eine Unverschämtheit gegen das polnische Volk. (Lebh. Zustimmung b. d. Polen.)

Präsident Graf Schwerin: Für diesen Ausdruck gegen einen Beamten rufe ich Sie zur Ordnung.

Breslauer (fortfahrend): Die Löhne der Arbeiter sind nicht so gestiegen, wie die Fleischpreise und die Preise der sonstigen Lebensmittel. Der Konsum des Fleisches unter der Arbeiterbevölkerung ist daher zurückgegangen. (Sehr wahr! b. d. Polen u. d. Soz.) Bei der Beratung des Vereinsgesetzes haben wir vorausgesetzt, daß die polnischen Gewerkschaften als politische Vereine behandelt werden würden. Das ist auch eingetroffen. Ungehört ist auch, daß die Regierung und die Arbeitgeber die Arbeiter in die gewerkschaftlichen zu zwingen suchen. Die Arbeiter müssen die Freiheit haben, sich zu organisieren, wie sie wollen. (Zuruf: b. d. Soz. u. d. Polen.) Die Ehre Deutschlands erfordert es, daß damit dieser Schikanerungspolitik gebrochen wird. (Lebhafter Beifall b. d. Polen.)

Kiesberger (W.) fordert die Oesterreich Nationalliberalen auf, in der Stichwahl antisemitisch zu stimmen, beklagt die Lage des Mittelstandes, den Handelsvertrag mit Portugal und die Nichtzustimmung von Handwerksvertretern zum wirtschaftlichen Ausblick, begrüßt dagegen die Berufung des Klempnermeisters Mate in das preussische Herrenhaus, die im ganzen deutschen Handwerk Freude, Jubel und Entzückung hervorgerufen habe. Redner beleuchtet dann, vom Vizepräsidenten Schulz veranlaßt zum Etat des Innern zurückgerufen, die Handelsverträge. — Die Tarifverträge werden von der Sozialdemokratie parteipolitisch mißbraucht, ebenso die angeblich partitätischen Arbeitsnachweise. Ich liebe nicht von Arbeitergroßhosen, sondern von meinem Gesellin, Redner verbreitet sich über die Schädigungen, die ein Bäckermeister Lude durch die Sozialdemokratie erlitten haben soll. Die Sozialdemokraten sollten rot vor Scham werden. (Ruf bei den Sozialdemokraten: Wir sind ja schon rot! (Große Heiterkeit.) überschätzen Sie sich nicht Herr Bren. (Abg. Bren: Die überschätzung ist auf Ihrer Seite. Zustimmung bei den Soz. Heiterkeit.) Redner spricht dann über allerlei Mittelstandsfragen. Wenn die Gesetzgebung sich nicht erschließt, gegen die Wandertager und gegen die Haufierer vorzugehen, dann sind die Handwerker die Geladmeierten und können sich die Nase wischen. Sieht man, wie die Arbeitswilligen gemißhandelt werden, dann kann man nicht mehr sagen, daß man in einem freihetlichen Staatesemeln lebt. (Heiterkeit b. d. Soz.) Es soll und muß etwas für das Handwerk geschehen. (Bravo! bei den Antisemiten.)

Bruh (bei seiner Fraktion, Antisem.) — Die Linke verläßt den Saal; es sind ungefähr nur je ein Duzen Abgeordnete vom Zentrum und von der Rechten im Saal — verbreitet sich über Mittelstandspolitik.

Gegen acht wird die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr vertagt.

## Aus der Partei.

Den fleißigsten Geburtstag beging am Sonntag ein verdienter Kämpfer der Partei, Genosse Kees in Magdeburg. Seit dem Jahre 1868 hat er in den Reihen der Sozialdemokratie seinen Mann gestanden, in diesem Jahre schloß er sich der jungen Bewegung in Magdeburg an. In schweren, gefährlichen Zeiten hat er treu zur Fahne gestanden und sein Verzeß für die Arbeiterklasse getan. 1893 landete ihn Magdeburg als seinen Vertreter in den Reichstag, von 1898 bis 1903 vertrat er den Wahlkreis Sorau-Forst im Reichsparlament. Dem Parteitag von Magdeburg hat er neben dem Genossen Diez präsidirt, in der Begrüßungsrede gab er den Delegierten ein lebendiges Bild von der Entwicklung der Bewegung in Magdeburg, die er von bescheidenen Anfängen bis zur heutigen Höhe mit ihr fördern helfen. Die deutsche Sozialdemokratie beglückwünscht den Veteranen zu seinem Ehrentage, — möge er ihr seine Kräfte noch recht lange erhalten!

# Gewerkschaftsbewegung.

**Lohnbewegung der Maschinenisten und Heizer in der Oderschiffahrt.** Vom 4. bis 7. März fanden in Breslau, Fürstenberg und Stettin statt belagerte Mitgliederversammlungen der Maschinenisten und Heizer, die Stellung nahmen zu dem Tarifvertragsentwurf für das Stromgebiet der Oder. Der Vorsitzende für dieses Stromgebiet, Genosse Dyrlich, erläuterte die einzelnen Positionen des Tarifs, worauf der Tarif in allen Verammlungen zur Annahme gelangte. Die Versammlungen beauftragten die Organisationsleitung, umgestaltet diesen Tarifvertrag in der bekannt gegebenen Fassung an die Unternehmer einzureichen. Von einer Regelung der Arbeitszeit (Abregelung der Nacht- und Sonntagsruhe) ist Abstand genommen worden, weil dies bekanntlich demnächst eine gesetzliche Regelung erfahren soll. Die Forderungen bestehen in der Hauptache in einer zehnstündigen Arbeitszeit an den Säsen und Umschlagplätzen, sowie in einer Lohnzulage von 10 Mk. pro Monat für Maschinenisten und einen Mindestlohn von 110 Mk. pro Monat für Heizer. Bezahlung von Überstunden um. Daß diese Forderungen als durchaus minimal und berechtigt zu bezeichnen sind, werden hoffentlich auch die Unternehmer anerkennen, da die akutensten Lebensmittel- und Bedarfsartikelpreise es den Maschinenisten bei ihren bisherigen Monatslöhnen von 110 bis 130 Mark und den Heizern bei Löhnen von 70 bis 92 Mk. direkt unmöglich machen, für ihren Unterhalt ausreichend sorgen zu können. Die Versammlungen standen unter dem Zeichen ersten Willens und fester Entschlossenheit, und sind 50 Maschinenisten und Heizer, geküßt auf ihre gute Organisation, nun bereit, diesen Lohnsatz mit allen ihnen zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln zur Anerkennung zu bringen.

**Polizeilicher Schutz im Gewerkschaftskampf.** Die Mühlenunternehmer Lorch und Anteriem in Osthofen bei Worms haben fünf zum Teil 6, 9 und 16 Jahre dort beschäftigte organisierte Arbeiter gemäßregelt. Verhandlungen der Bevollmächtigten des Brauereis- und Mühlenarbeiterverbandes wegen Zurücknahme der Mahregelungen waren erfolglos, weshalb die Arbeiter der Mühle die Arbeit niedersetzten. Die größten Anfeindungen werden gemacht, um Arbeitswillige zu bekommen, doch bis jetzt ist es noch gelungen, den Zutritt fernzuhalten. Zum Schutze der zu erwartenden Arbeitswilligen sind in den beiden Mühlen ständig Gendarmen stationiert, die dort wohnen und beaufsichtigt werden. In der Anteriemischen Mühle, die noch gar nicht befreit ist, liegt ein Doppelposten. Diese Veranlassung der staatlichen Mächte zum gänzlichen unbewilligten Schutz ist wohl ein Ausfluß des nicht ganz reinen Gewissens. Aber so nützt man dem Betriebe nicht und auch nicht dem Frieden im Betriebe, indem man alte Leute mahregelt und sich dann unter die Löhne der Polizei stellt. Dabei sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Mühlen herzlich schlecht: Die Mehrzahl der Arbeiter hat unter 20 Mk. Lohn bei 11- bis 13stündiger täglicher Arbeitszeit. Aber es ist danach begrifflich, daß die Unternehmer die Organisation nicht aufkommen lassen bezw. aus dem Betriebe hinausheben wollen, um in der alten „Ruhe“ und geföhrt zu werden. Die Organisation der Arbeiter wird alles daran setzen, daß es auch hier anders wird. Zutritt nach Osthofen ist streng fernzuhalten.

**Die Bergarbeiter des zentralen Kohlengebietes Belgiens** begannen einen Demonstrationstreik von 24 Stunden zugunsten einer ausreichenden Altersrente.

**Tarifbewegung der Lithographen und Steinrunder in Böhmen.** Die der tschechischen und österreichischen Organisation angehörigen Steinrunder und Lithographen befinden sich seit Ende vorigen Jahres im Ausstand. Inzwischen unterhandelten die Unternehmer mit der tschechischen Gewerkschaftsorganisation und schlossen mit dieser einen sechsstündigen Tarif ab. Die Unterhandlung geschah auf Wunsch der Unternehmer ohne Hinzuziehung des österreichischen Gewerkschaftsbundes. Spätere Verhandlungen der Unternehmer mit dem österreichischen Gewerkschaftsbund waren ergebnislos. Die Unternehmer wollten den mit den tschechischen Gewerkschaften abgeschlossenen Tarif auch für das deutsch-böhmische Gebiet geltend machen. Das lehnten die Vertreter des österreichischen Gewerkschaftsbundes entschieden ab. Der Kampf geht also weiter. In Gewerkschaften herrscht wegen des Vorgehens der Tschechen große Aufregung, zumal die österreichische Organisation sich bereit erklärt hat, die tschechischen Streikenden aus ihrer Organisationsklasse zu unterstützen.

# Aufreizende Militärjustiz.

Die nachfolgenden drei militärischen Gerichtsurteile zeigen den ganzen Widesinn der heutigen kriegsgerichtlichen Rechtspflege:

I.

## Die Armut als Strafursache.

Ein Urteil, das geradezu nach einer Reform des Militärstrafrechts schreit, wurde vom Kriegsgericht in Dresden gesprochen. Der Schmied und Reservist Lehner erhielt im Sommer 1910 einen Stellungsbefehl, wonach er sich zur Ablegung einer vierzehntägigen Reservierung beim Draubattillon Nr. 11 in Weimingen einzufinden hatte. Bis zum Beginn der Übung wurde er jedoch arbeitslos, und es gelang ihm nicht, in seinem Wohnort Arbeit zu erhalten. Um mit seiner Familie nicht völlig ins Elend zu geraten, beschloß er eines Tages, sich auswärtig Arbeit zu suchen. Er kam nach Chemnitz und Dresden, wo er vergebens nach Arbeit suchte; in einem kleinen Ort endlich erhielt er vorübergehende Beschäftigung. Den größten Teil seines Verdienstes schickte er seiner Familie. Als der Tag des Eintretens herangerückt war, befand sich V. wieder in einem erbarmungswürdigen Zustande; er war abermals arbeitslos, ohne Geldmittel und körperlich sehr herunter. In dieser Situation verurteilte er dann die Übung. Das Kriegsgericht verurteilte den bedauernswerten Mann zu 43 Tagen Gefängnis! Es führte aus, auf eine geringere Strafe habe man nicht erkennen können, weil 6 Wochen 1 Tag nach dem Gesetz die Mindeststrafe ist! Man erklärte sich aber bereit, ein Gnadengesuch zu unterstützen.

II.

## Ein Schlag ins Gesicht — 1 Jahr 6 Monate.

Der Matrose B. von Weßfölen hatte sich wegen tätlichen Angriffs gegen einen Vorgesetzten vor versammelter Mannschaft vor dem Kriegsgericht des 1. Geschwaders in Wilhelmshaven zu verantworten. Am 30. Oktober übergab der Korporalchaftsführer dem Exerziergefreiten das Kommando über die Mannschaft. Dieser ließ den Angeklagten Übungen noch zwei bis dreimal allein ausführen. Blödsinnig ging B. auf den Obermarfusen los und schlug ihm das Gesicht blutig. Nach ärztlichem Gutachten ist der

Angeklagte sehr leicht erregbar, jedoch für die Tat verantwortlich. Das Gericht bekräftigte den Angeklagten mit 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis.

III.

## Totschlag aus „Notwehr“ — freigesprochen!

In der Berufungsinstanz wurde am 7. und 10. März vor dem Oberkriegsgericht des Gardekorps gegen den Fabrikarbeiter v. Biebahn verhandelt, der am 28. August vorigen Jahres den Monteur Schmiedecke auf Wachtparade erschossen hat. Zur Zeit als sich jener Vorgang in der Jungferheide ereignete, stand v. Biebahn beim Alexander-Gardegrenadier-Regiment, während er gegenwärtig die Kriegsschule in Meißn besucht. Die Verurteilung vom Kriegsgericht der 16. Division eingelegt. Der Gerichtsherr ist mit dem freisprechenden Urteil des Kriegsgerichts nicht einverstanden; er fordert die Verurteilung des Angeklagten. Der Verhandlungsleiter betonte dabei, daß wegen rechtswidrigen Waffengebrauchs auch auf Totschlag oder fahrlässige Tötung erkannt werden könne. In der Berufungsbegründung ist der Gerichtsherr der Ansicht, daß sich der Angeklagte keineswegs in der Notwehr befunden habe. Das Gesetz kenne den Begriff der putativen Notwehr nicht. Die Verhandlung vor dem Oberkriegsgericht endete jedoch wieder mit der Freisprechung des Fabrikarbeiters, da das Oberkriegsgericht weder beabsichtigte noch fahrlässige Tötung, sondern putativen Notwehr für vorliegend erachtete. Es fand sich sogar noch ein neues Entlastungsmoment für den Angeklagten, nämlich, daß vor dem Wächter flüchtende Holzdiebe über das militärische Gelände kiten, von denen Biebahn einen beschloß, da er auf dreimaligen Anruf nicht hand, daß die Kugel sich aber verirrte und einen am Boden fauernden Mann traf, den Biebahn nicht gesehen hatte.

Wer die drei Urteile liest und noch nicht von der Vorteilhaftigkeit der deutschen Militärrechtspflege überzeugt ist, der ist ein unverbesserlicher — Antimilitarist!

# Der Denker Landfriedensbruchprozess.

Die Verhandlung richtet sich gegen 15 Angeklagte, die von 6 Anwälten verteidigt werden. Rechtsanwalt Heinebeckin bekennt sich nicht unter ihnen, wie zuerst gemeldet wurde. Es sind gegen 100 Zeugen zur Stelle, die aber vollständig entlassen werden. Die Verhandlung legt die Verantwortung der Angeklagten ein. Der Angeklagte des Bauhilfsarbeiterverbandes, Genosse Kröll, und der Arbeiter Paul Schulz sind beschuldigt, am 1. Oktober vor. Jahres einen Abdrückvertrag ausgeführt zu haben. Der Angeklagte Dreyer soll eine schwere Körperverletzung mit tödlichem Erfolg verübt haben.

Genosse Juchacz gab eine Darstellung der Lohnbewegung, die zu den der Anklage zugrunde liegenden Vorgängen führte. Als Mitglied der Kommission, die die Tarifverträge für das Grund- und Abbruchgewerbe in Köln zu überarbeiten hatte, habe er sich an den Unternehmer Tatas gewandt, um ihn zur Einhaltung des Tarifs zu veranlassen. Nichts befrucht, in einer Versammlung gedroht zu haben: „Wir werden die Bauteile schon säubern; wer dahn geht, tut es auf eigene Gefahr.“ Er habe mehrere vom Tisch abgerufen, weil nur 6 Mann unterstützungsberechtigt gewesen seien und habe erklärt: „Wenn ihr den Streik beschließt, tut ihrs auf eigene Gefahr. Ihr müßt dafür sorgen, daß die Bauteile sauber bleibt.“ Diese Wendung habe selbstverständlich keinerlei gewalttätige Absichten ausgesprochen. Juchacz bekennt auch, sich gegen eine Verurteilung schuldig gemacht zu haben. Die Anklage behauptet weiter, daß schon in einer Versammlung vom 2. Oktober in Köln angefordert worden sei, nach Deutz zu gehen, um die Bauteile zu säubern. Juchacz gab eine eingehende Darstellung der Situation. In einer Versprechung am Abend des 2. Oktober habe er ausdrücklich darauf hingewiesen, daß sich die Polizei bis dahin korrekt verhalten habe und die Arbeiter sich deshalb auch keiner Gewalttätigkeiten schuldig machen dürften, damit die Polizei keinen Anlaß zum Einschreiten erhalte. Die Anklage behauptet nun, von dieser Versprechung seien die Arbeiter im „Stimmstimm“ nach der Bauteile gezogen, weil sie dazu aufgehetzt worden seien. Nichts trat dieser Behauptung entgegen; er habe stets zur Ruhe und Besonnenheit ermahnt.

Die Verhandlung wandte sich dann der Vernehmung der einzelnen Angeklagten zu. Einige gaben zu, gehört zu haben, daß man sich verabredet habe, nach der Bauteile in Deutz zu gehen; einer gab zu, gegen Schutzleute mit Steinen geworfen zu haben.

Die Sitzung wurde darauf auf Dienstag vertagt.

# Aus dem Gerichtssaal.

**Zu dem Raubmordprozess,** der seit einigen Tagen vor dem Schwurgericht in Magdeburg gegen den Angeklagten Knittelius verhandelt wird, erklärte am Sonnabend nachmittag der Zeuge Mitter auf das eindringliche Ermahnen des Vorsitzenden, die Wahrheit zu sagen, er habe mit Knittelius den Einbruch in die Hirschapotheke verübt. Darauf gestand Knittelius, den Schuß auf den Apotheker Rathke abgegeben zu haben. Er hätte aber nicht die Absicht gehabt, Rathke zu ermorden. — Knittelius wurde zu 14 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt.

**Ein hartes Urteil.** Wegen vorsätzlicher Brandstiftung hatte sich die erst 15 Jahre alte Dienstmagd Anna Wolff aus Dortmund vor der Strafkammer in Elberfeld zu verantworten. Das aus der Untersuchungshaft vorgeführte, bisher noch unbefohlene Mädchen wird beschuldigt, am Nachmittage des 1. Januar d. J. die Scheune ihres Dienstherrn, des Gutschäfers Fr. Schulte in Rheinen vorsätzlich in Brand gesetzt zu haben. Die Angeklagte ist geschädigt und gibt als Grund der Tat Rache an, daß sie an dem fraglichen Nachmittage von der Haushälterin geschlagen worden sei. (1) Darüber erbittert, sei sie nach der Scheune gelaufen und habe ein brennendes Streichholz in das aufgeschichtete Stroh geworfen, worauf im Ru der ganze Vorrat an Stroh und anderen Palmfrüchten in Flammen stand. Durch das Feuer wurden sämtliche landwirtschaftlichen Maschinen, sowie das angebaute Ansthaus, in dem die Familie des Schweizers wohnte, vollständig zerstört. Der Schaden betrug 10 000 Mk. und wurde durch Versicherungen gedeckt. Dem Antrage des Staatsanwalts gemäß erkannte das Gericht gegen die „juendliche Verbrecherin“ auf ein Jahr sechs Monate Gefängnis unter Anrechnung einer zweimonatlichen Untersuchungshaft. — Ein Jahr und sechs Monate Gefängnis für eine Tat, die von einem bisher unbefohlenen Menschenkind in der Erregung und in Zorn begangen worden ist und dem ohne Zweifel noch nicht das Verbrecherrische der Handlungsmethode zum Bewußtsein gekommen ist. Den Volksfreund muß ein solches Urteil mit Entsetzen er-

füllen, da es die Gefahr in sich birgt, daß das Mädchen erst richtig auf die Bahn des Verbrechens gerät. Es ist Klaffenlust, welche glaubt, je strenger, desto „gerechter“ zu strafen.

**Schutz vor Schutzleuten.** Eine ungläubliche Vollzeitsaffäre wurde durch Schöffengerichtsverhandlung in Rheine in Westfalen aufgedeckt. Angeklagt war ein 60 Jahre alter Arbeiter Stein wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt. Die Verhandlung ergab folgendes: Der Angeklagte hatte im Januar d. J. eines Abends auf der Straße an den Vollzeits Mann Molte eine Frage gerichtet. Molte wies den Frager drohend ab. Als dieser seine Frage wiederholte, forderte Molte ihn auf zum Weitergehen, und als das nicht schnell genug von Molte ging, schritt Molte zur Verhaftung. Der Vollzeitschob den alten Mann vor sich her, sodas dieser zur Erde fiel. Nun kam noch der Vollzeitschneiders dazu. Der Verhaftete wurde gefesselt und auf dem Bauche liegend mit dem Gesicht auf der Erde etwa 100 Meter weit zur Wache geschleppt. Der Vorfall war von mehreren Zeugen, die sich über eine solche Behandlung empörten, bemerkt worden. Der also Mißhandelte stellte gegen die Beamten Strafantrag mit dem üblichen Erfolg; der Staatsanwalt lehnte die Verfolgung ab. Dagegen wurde auf die Anzeige der Polizei gegen den Mann vorgegangen wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt. Aber der Anwalt selbst beantragte die Freisprechung des Angeklagten, nachdem sechs Zeugen das unerhörte Vorgehen der Beamten bezeugt hatten. Dem Antrage des Anwalts gemäß wurde auf Freisprechung erkannt — Hoffentlich wird nun der Staatsanwalt seine Pflicht erkennen und nach nachträglich die Anklage gegen die beiden Vollzeits erheben. Der mißhandelte, angeklagte und freigesprochene Invalide wird keinen Strafantrag erneuern.

**Der Advokat.** Am Freitag beschäftigte sich das Reichsmilitärgericht mit dem Fall des Advokaten Naumann, der in hartnäckiger Verfolgung der Anschauungen seiner Sekte den Sonnabenddienst verweigerte, zu unzähligen Arreststrafen wegen Ungehorsams und schließlich zu Gefängnisstrafen verurteilt wurde. Das letzte Urteil lautete auf 5 1/2 Jahre Gefängnis. Auch im Festungsgesängnis bleibt er bei der Dienstverweigerung an den Sonnabenden. Die von Naumann eingelegte Revision wurde verworfen. Der Anklagevertreter führte aus, nach ausdrücklicher Vorschrift des § 48 des Militärstrafgesetzbuches dürfe die Entschuldigung des Angeklagten, er müsse nach seinem Gewissen und nach seiner religiösen Überzeugung handeln, nicht berücksichtigt werden. In der Begründung der Revisionsverwerfung wurde darauf hingewiesen, daß das religiöse Motiv keineswegs die Strafbarkeit der Handlung ausschliesse. Nach den ärztlichen Gutachten sei auch bei dem Angeklagten kein krankhafter Zustand im Sinne des § 51 des Strafgesetzbuches vorhanden. Das Gericht hob das Urteil nur insoweit auf, als der Angeklagte zur Degradation verurteilt wurde. Bereits in nächster Zeit wird sich Naumann von neuem vor dem Kriegsgericht zu verantworten haben. Es ist also vorläufig garnicht daran zu denken, daß er überhaupt aus dem Gefängnis entlassen wird. — Die „Morgenpost“ meint, ein solcher Rechtszustand sei unhaltbar; es müsse doch Mittel geben, solche Schwärmer vom Militär abzuschließen. Der Staat könne ruhig auf sie verzichten. Daß sich nun andere, um vom Militär loszukommen, als Advokaten ausgeben und sich ein paar Jahre einsperren lassen, sei doch kaum zu befürchten.

**Auswandererbewegung.** Aus Wien, 10. März, meldet man dem „Berl. Lok.-Anz.“: In Krakau fand gestern eine Gerichtsverhandlung statt, welche scharfe Streiflichter auf die unter den polnischen Abgeordneten des österreichischen Abgeordnetenhauses herrschende Korruption wirft. Der Reichsratsabgeordnete Vater Szpodel hatte den Obmann des polnischen Auswanderervereins Dolowich wegen Verleumdung verklagt, weil ihm dieser eine Emigrationshypothek genannt hatte. Dolowich trat den Wahrheitsbeweis an. Es kamen bei der Verhandlung die belastendsten Dinge für den Vater zum Vorschein. Dieser Abgeordnete war Obmann des Auswanderervereins zum Heiligen Raphael, spielte aber zugleich den Zutreiber für zwei Dampferlinien, von denen eine bereits insolvent war, so daß die armen Auswanderer mit bezahlten Schiffskarten ankamen, aber nicht befördert werden konnten. Er betrieb den Schiffskartenhandel ohne Konzession, verkaufte Karten für die weitesten Linien, weil er dann eine höhere Provision erhielt, zog pro Karte zirka 100 Kronen mehr ein als er berechtigt war, und ließ sich weiblichen Auswanderern gegenüber Unhöflichkeiten ausshulden kommen. Es wurde festgestellt, daß der Abgeordnete bereits vorbestraft war wegen unbefugten Kartensverkaufs usw. Die Geschworenen sprachen den Angeklagten frei, und das Publikum bereitete dem Freigesprochenen Ovationen, die mit scharfen Ausfällen gegen den Vater verbunden waren.

**Der glaubwürdige Vorgesetzte und die unglaubwürdigen Gemeinen.** Der im Herbst 1910 zur Reserve entlassene Soldat Schreiner des 6. Chevau-légerregiments zu Bayreuth hatte sich am Kriegsgericht Nürnberg wegen Achtungsverletzung, Gehorsamsverweigerung und wegen tätlichen Vergeltens an einem Vorgesetzten zu verantworten. Dem Soldaten ging, als er voriges Jahr im Manöver in einem Dorfe bei Jughladt im Quartier lag, sein ständisches Pferd durch. Der Sergeant Mees kam darüber, obwohl das Pferd sofort wieder eingefangen wurde, in große Erregung und beschimpfte den Soldaten in ordinärer Weise. Aber dieses Schimpfen wurde der Soldat, weil auch Zivilpersonen zugehört, sehr erboht, er sagte zum Sergeanten: „Kärmen Sie doch nicht so, man muß sich ja schämen“, und fügte hinzu: „Soll ich mich denn von dem Hatter (dem Pferd) totschlagen lassen?“ Ferner soll der Soldat sich geweigert haben, „Entz zu stehen“ und nach Angabe des Sergeanten ein Stück Holz ergreifen und damit den Sergeanten bedroht haben. Bei diesem Vorkommnis waren außer drei anderen Soldaten auch zwei Zivilpersonen zugegen. Diese drei Soldaten und die zwei Zivilpersonen bekundeten auf Eid, daß sie nicht sahen, daß der Angeklagte ein Stück Holz ergreifen und damit den Sergeanten bedroht hätte. Einer der Zeugen stand unmittelbar bei den Streitenden und behauptete, es sei unmöglich, daß die Darstellung des Sergeanten richtig sei. Indessen Ankläger und Gericht glaubten dem Sergeanten, von dem nicht anzunehmen sei, daß er einen aufgelegten Meineid geschworen habe. Der Reservist wurde wegen Achtungsverletzung, Gehorsamsverweigerung und tätlichen Vergeltens an einem Vorgesetzten, bei Annahme eines milder schweren Falles und unter Zubilligung des Schutzes des § 98 des M.-Str.-G.-B. (wenn der Untergebene von einem Vorgesetzten gereizt wird), zu 6 Monaten 15 Tagen verurteilt.

# Oldenburger Landtag.

h. Eine wichtige Verhandlung ergab die Aenarrsitzung am Montag bei der Beratung der Novelle zum Einkommensteuer- und Vermögenssteuergesetz. Mit der Vorlegung der Novelle löste die Regierung ein Verprechen ein, daß bei Schaffung des Gesetzes 1916 gegeben ist. Der Entwurf der Regierung ist im Ausschuss wesentlich umgestaltet und gegenüber dem Entwurf in mancher Beziehung verbessert, aber

auch verschlechtert worden. Für die Minderbemittelten beträgt der Entwurf infolgedessen eine Verbesserung, als der Steuerbetrag mit 400 Mk. mit 450 Mk. einsetzt zur Jahressteuer von 1 Mk., steigend um 1 Mk. für jede 50 Mk. bis zum Einkommen von 1000 Mk. Diese Ermäßigung bringt einen Steuerausfall von 63 800 Mk. Hierzu hat die Sozialdemokratie einen Antrag gestellt, erst mit 500 Mk. zu beginnen, und erst bei 1500 Mk. den Anschlag an den Regierungsentwurf zu suchen. Für die Steuerpflichtigen mit Kindern unter 15 Jahren wird der Betrag, der für jedes Kind in Abzug zu bringen ist vom Einkommen, vergrößert, und zwar in folgender Weise: bei Einkommen bis 1800 Mk. für jedes Kind 100 Mk., bei Einkommen bis 3000 Mk. für das zweite und folgende Kind 100 Mk., bis 6000 Mk. für das dritte und folgende Kind. Ein weiterer Fortschritt ist die Aufgabe der Veranlagung nach Haushaltungen, an deren Stelle die Veranlagung nach Einzelsteuern treten soll; leider ist man nicht so weit gegangen, die Einkommen z. B. der verheirateten Fabrikarbeiter und der Ehefrau getrennt zu veranlagern. Begrüßt wird die vom Ausschuss vorgeschlagene Veranlagung nach der Vergangenheit, entgegen der Regierung; recht eigentümlich verfahren dagegen die Bestrebungen des Ausschusses, die Volkereigenenschaft und ähnliche Genossenschaften möglichst steuerfrei zu lassen, dagegen die Konsumvereine mit voller Schärfe heranzuziehen. Der Abg. von Pöschow hat einen Antrag gestellt, die Unerbitterten stärker zu besteuern, sie mit einem Zuschlag zur Steuer zu belegen. Bei dem Vermögenssteuergesetz vertritt die agrarische Richtung den Standpunkt, einer Erhöhung der Vermögenssteuer nur zuzustimmen, wenn auch das letzte Drittel der Grund- und Gebäudesteuer fällt. Auch sonst sucht dieser Teil der Volksvertreter für den Grundbesitz Erleichterungen bei der Vermögenssteuer zu erlangen. Für die Sozialdemokratie sprach zu den Gesetzen Genosse Huga, der darauf hinwies, daß der Landtag bei Schaffung des Gesetzes es verschuldet hat, daß die Minderbemittelten zu stark besteuert werden; jetzt könne man nun den Weg nicht wieder zurückfinden und so ist denn der Versuch, die schwachen Schultern zu entlasten, ein schönes Wort geblieben, denn die Entlastung, die jetzt vorgeschlagen werde, sei zu gering. Ist die Einkommensteuer auch nicht hoch, so wird die Gesamtsteuer für die niederen Einkommen durch die steigenden Kommunalsteuern unerträglich, die Hauptträger der Steuerlast sind die Personen bis 2400 Mk., richtiger wohl gar nur bis 2200 Mk., also die weniger Bemittelten sind die Träger der heutigen Steuerlast. Was der Entwurf an Verbesserungen bringt, begrüßen wir; unsere Zustimmung zum Gesetz machen wir abhängig von den Beschlüssen betreffend der Verteuerung der Genossenschaften, die man ungleich, zum Nachteil der Konsumvereine handhaben will, und der Verschärfung über die Vermögenssteuer, die verschärft, nicht aber zu ermäßigen ist. — Auf die umfangreiche Debatte einzugehen, würde zu weit führen, bemerkt sei, daß von sozialdemokratischer Seite eine Reihe Anregun-

gen gegeben sind, die auf Erleichterungen und mildere Behandlungen in besonderen Fällen abzielen, die zum Teil Zustimmung fanden. In der heutigen Beratung kommt man bis zur Frage der Besteuerung der Genossenschaften. Die Beschlüsse bewegen sich auf der Grundlage der Ausschussanträge. Die Beschlüsse haben infolgedessen auch für die fürstentümliche Bedeutung, weil ja die für das Herzogtum geschaffenen Gesetze sehr bald auch für die Fürstentümer zur Einführung kommen.

### Aus Nah und Fern.

**Der Kindermord in Berlin.** Die Frau des Ritters Rungge, die am Sonnabend ihre drei Kinder mit Zyanankali vergiftet hat, wurde am Montag vormittag auf dem Bureau des Polizeipräsidenten einem weiteren eingehenden Verhör unterzogen. Sie zeigte hierbei keinerlei Spuren von Reue über ihre schwere Tat und sie sprach mit derselben Ruhe wie am Sonntag über alle Einzelheiten der Missetat. Ihre andauernd mit flackernden Augen lassen die Bekundung ihres Mannes, daß sie selbst irrtümlich sei, nicht unglaublich erscheinen. Wie das Verhör ergab, hat der Mann gemeinsam mit seiner Frau vor einiger Zeit an einer Mäse mit der Giftmischung Vergiftungsversuche vorgenommen, das Tier wie aber die dargereichte Giftmischung wieder aus. Nach Angabe der Frau Rungge ist dieser Versuch damals bereits unternommen worden in der Absicht, die Familie zu vergiften. Dem Ehemann Rungge wurde am Montag vormittag im Untersuchungsgefängnis Mitteilung gemacht, daß seine in Haft befindliche Frau am Sonnabend abend ihre drei Kinder mit Zyanankali vergiftet habe. Rungge brach unter der Macht der Schreckensnachricht zusammen. Die weitere Untersuchung ergab ein trauriges Bild des Ehelebens der Runggeschen Familie. Nicht nur, daß der Mann nicht arbeitete, er mißhandelte auch seine Frau und die Kinder in der unerhörtesten Weise.

**Automobilunglück.** Das Automobil des Direktors einer Spinnerei in Pletzen rannte nach Döhlen mit voller Geschwindigkeit gegen einen Baum. Die Steuerung zerbrach dem Führer den Brustkorb. Der Direktor wurde aus dem Wagen geschleudert und erlitt schwere innere Verletzungen. Der Zustand der Verletzten ist hoffnungslos.

**Drei Bergarbeiter getötet.** Auf dem Schacht „Karl Theodor“ der Gewerkschaft Dierardt ereignete sich ein Unglück, bei dem drei Bergleute ihr Leben verloren. Dort durchschlag die Seilseile eine Wägenzimmernagel, auf der sieben Arbeiter standen. Drei von ihnen wurden getötet.

**Erdbeben.** Am Sonntag zeigte der seismographische Apparat in Belgrad ein sehr heftiges Erdbeben an, das im südlichen Mazedonien und in Serbien seine Wirkung gehabt haben muß. Bis zur Stunde ist aber aus diesen Gegenden keine Nachricht über den Verlauf eines Erdbebens eingetroffen. Nur aus Skopje wird berichtet,

daß dort gestern dreimal Erschütterung verspürt wurden. Die Schornsteine und Wohnmauern seien gesprungen. Das Beben dauerte 15 Sekunden.

**Gerächt.** Wie aus Saloniki gemeldet wird, erschloß ein Soldat aus der Wachmannschaft der Villa, in der Abdul Hamid untergebracht ist, den Leutnant Osman Effendi, der ihn wegen ungebührlichen Benehmens geohrfecht hatte.

**Gesteinssturz am Krater des Vesuvius.** Aus Portici wird gemeldet: Sonntag nachmittag erfolgte am Krater des Vesuvius ein großer Einsturz; das Gestein stürzte in eine Länge von 300 Metern 80 Meter tief ab. Das Ereignis war von einer Erdrerschütterung begleitet und rief ein donnerähnliches Getöse hervor. Der obere Bahnhof der Drahtseilbahn und das Führerhaus wurden beschädigt. Die Bahnhöfe mußte den Betrieb einstellen. Im Augenblick des Einsturzes war eine Gesellschaft von 20 Fremden mit Führern im Krater, die Krater zu ersteigen. Obwohl sich der Erdrutsch unmittelbar vor ihnen vollzog, kamen sie mit dem bloßen Schrecken davon. Dem großen Einsturz folgten noch ein Anzahl kleinerer Gesteinsstürze. Eine gewaltige Aschenschicht erhebt sich über dem Vulkan. Infolge dieser Ereignisse erscheint der Krater niedriger, und der Vulkan macht den Eindruck, als wäre ihm das Haupt abgefallen.

**Eine neue Erdsäurequelle.** In Sarmaas in Siebenbürgen ist bei Bohungen, die im Auftrag der ungarischen Regierung vorgenommen werden, eine Erdsäurequelle von ungeheurer Stärke angebohrt worden. Dem Boherloch entströmen unter donnerähnlichem Getöse täglich nach schätzungsweise Schätzung 900 000 Kubikmeter Gas mit einem Druck von 30 Atmosphären. Es wird beabsichtigt das Erdgas mittels einer Fernleitung für industriell und Beleuchtungszwecke zu verwenden, da es nach den chemischen Untersuchungen 8000 Kalorien hat, während im Kunstgas nur 5000 Kalorien enthalten sind. (Ein Kalorie ist die Einheit einer Wärmemenge, die erforderlich ist, um ein Gramm Wasser um ein Grad Celsius zu erwärmen.)

**Ausbreitungen gegen das deutsche Krankenhaus in San Remo.** Am Sonntag nachmittag suchten fünf Männer die vom Portier des deutschen Kaiser-Friedrich-Krankenhauses in San Remo in deutscher Sprache Almosen verlangten, aber abgewiesen worden waren, in das Krankenhaus gewalttätig einzudringen. Als sie zurückgedrängt wurden, eröffneten sie ein Stenbombardement gegen den Fenster des Gebäudes. Mehrere Kranke wurden in der Betten von den hereinprasselnden Steinen verletzt. Das Personal trat den Randes mit Gewalt entgegen und hielt sie solange fest, bis sie von der Gendarmerie verhaftet werden konnten. Die Verhafteten gaben an, daß sie aus Danzig, Wien, Stettin und Posen stammten.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.  
Verleger: Th. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.



## Die vielseitige Verwendung

Man verlange ausdrücklich **MAGGI'S** Würze.

**MAGGI'S Würze** mit dem Kreuzstern

ist mancher Hausfrau noch unbekannt. Nicht nur Suppen u. schwacher Bouillon, sondern auch **Saucen, Gemüsen, Salaten** usw. verleiht ein kleiner Zusatz unvergleichlich **feinen, kräftigen Wohlgeschmack**. Verwendungsanleitung befindet sich bei jedem Originalfläschchen.

„MAGGI's gute, sparsame Küche.“

**Komitee- und Kommissionssitzungen**

**6. Distrikt.**  
Mittwoch, den 15. März, abends 7 1/2 Uhr bei Brede, Krousf. Allee.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Verwaltungsstelle Lübeck.

Am 12. März starb unser Mitglied, der Arbeiter **Matthäus Hagedorn.**  
Ehre seinem Andenken.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, d. 15. März, nachm. 2 1/2 Uhr, vom Sterbehause in Schwartau, Guttenstr. 20 aus statt.  
Am rege Beteiligung ersucht  
**Die Ortsverwaltung.**

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten, die unserer lieben Mutter, **Anna Popp, geb. Monssen,** die letzte Ehre erwiesen, sowie für die zahlreichen Kranzsenden, womit dieselben den Sarg der Entschlafenen schmückten, unsern herzlichsten Dank.  
**Die Hinterbliebenen.**

Sage hiermit den Kollegen vom Dampftr. „Prima“ für die Unterstützung meinen besten Dank.  
**J. Freytag.**

Zum 1. April eine schöne Wohnung mit Garten zu vermieten, pro Jahr 160 Mk.  
**O. Reinig, Stadefeldstr.**

Zu verm. z. 1. April eine freundl. 2. etz. 3-Zimmer-Wohnung mit Kuchenhof.  
Stavenstr. 43.

Eine 2-Zimmerwohnung zum 1. April zu verm. Preis 160 Mk.  
Krausstr. 13a.

Eine Wohnung zu vermieten.  
Lundstr. 65.

Kortzweghalter eine 2-Zimmer-Wohnung z. 1. April an eine Leute ohne Kinder zu verm., Fr. 200 Mk.  
Häberes Köchlingstr. 33, I.

Zum 1. April eine 2-Zimmer-Wohnung in Küche, Keller, Stall u. etwas Land. Preis 160 Mk., ohne Stall 145 Mk.  
Segebergstr. 15, Hagenbüsch.

Gel. z. 1. Juli e. Wohnung bis 200 Mk., evtl. m. Übernahme d. Rem. v. Kontor od. Diele. Ang. unter **A B 200** an die Exp. d. Bl.

Gesucht sof. od. spät. e. 2-Zimm. Wohnung mit Stall v. d. Dolkenstr. (Wilhelmshöhe). Angebote an **Schabacker, Schwart. Allee 203a.**

**Suche Beschäftigung**  
im Waschen und Reinmachen.  
Arnimstraße 30 b.

Junge Frau sucht Beschäftigung im Adressenschreiben oder sonstige schriftliche Arbeiten. Angeb. unter **W W J** an die Exp. d. Bl.

Gesucht ein Darlehen von 200 Mk. auf Wechsel für ein Jahr. Gute Zinsen u. Sicherheit. Angebot unter **G Z** an die Exp. dieses Blattes.

Ein Haus in der Klappenstr. mit zwei 3-Zimmer-Wohnungen zu verkaufen. Näh. Engelswisch 287.

1 eichen Ausziehtisch, 4 eichen Stühle, 2 eintür. Kleiderchränke, wie neu, 1 großes Sofa, Krollhaarpolsterung, eine eichen Kommode (Werkzeug) und sonstiges mehr.  
**W. Eckhorst, Reniesfeld.**

**Zwei kleine Holzkoffer**  
zu verkaufen  
Margaretenstraße 7 a.

**Ein guterhalt. Kinderwagen**  
mit Gummireifen und Nickel zu verkaufen. Friedenstraße 88, I.

**Eine fast neue Zither**  
mit 140 untellegbaren Noten für 15 Mk. zu verkaufen.  
Fischerstraße 44/3.

**Kinderbettstelle zu verkaufen.**  
Hartenstraße 20.

Eine n. Blüschgarnitur, Kleiderchränke, Spiegel, Regulator und Küchenschrank zu verkaufen.  
Seebauerer Str. 95, Ravensbüsch.

1 Fahrrad, Tisch, Bettstelle u. Matratze, Hohlregler, etc. und Plankartoffel zu verkaufen.  
**Paul Hartmann, Finkenstr. 95.**

**Gut sitzende Glucke**  
zu verkaufen. Tornaiweg 2.

**Ein kleiner schwarzer Hund**  
zu verkaufen. Steuerzeiden 56a.  
Abzugeben Friedenstraße 1.

**Hochfeine Tafelbutter** pro Pfund 1.40 Mk.  
**Allerfeinste Meiereibutter** pro Pfd. 1.30 Mk.  
**Prima Kochbutter** pro Pfund 1.15 Mk.  
**Garantiert frische Trinkeier**  
**Diverse Käsesorten**  
in jeder Preislage empfiehlt

**Zentral-Molkerei Rostock G.m.b.H.**  
Breite Strasse 11.  
Fernspr. 1910.

**Moislinger Allee 2. Huxstr. 118.**

**Konsum-Verein für Lübeck u. Umg. e. G. m. b. H.**  
Der untern Mitgliedern laut § 62 des neuen Statuts zustehende feste Rabatt für aus den Warenabgabestellen unseres Vereins entnommene Waren ist vom Vorstand und Aufsichtsrat in seiner Sitzung vom 11. März für das Geschäftsjahr 1910/11 auf 3 Prozent festgesetzt. Der Vorstand.

Frl. Dame, w. a. Sonnt. ab. einer auf ein. Lichte i. „Rindenhof“ Neg. Tische e. Portem. entn. ist erk. u. w. erk. d. Sonnt. w. a. Rind 3.

Verloren in der Gloginstraße Portemonnaie mit 7 Mk. Inhalt. Abzugeben gegen Belohnung Gloginstraße 30, I.

**Frau Schönbaum, Hebamme**  
wohnt Glandorpstraße 11, I. Etg.

**Konfirmanten-Kleider**  
werden billig angefertigt  
Reckergasse 99, II.

**Abreisenden** aufbewahrt u. nachgefordert werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer etc. im Lagerhaus und Expeditionsgeschäft Fischergr. 52.

**Weine, Spirituosen u. Liköre**  
in jeder Preislage empfiehlt  
**J. H. Stooß, Engelsgrube.**

Die anerkannt besten **Holzwanntafel** erhalten Sie nur **Dr. Burgstr. 53.**

Empfehle: Frische Bücklinge, Lachs, Krümmelack, Kal in Gelee, saure Serringe, Kollmops, Anchovis, Schramm, Stavenstraße 15.

**Dr. Schlomer**  
wohnt jetzt  
**Schwartauer Allee 9b.**  
(Nähe der Wickedestraße.)

**Herkules**  
der alltägliche Schnürstiefel, ist wieder vorrätig, zu 8.75 Mk.  
Knaben-Schnürstiefel, Rindl., stark, Größe 31-35 36-39  
Mk. 5.25 Mk. 6.25

**H. Beckmann, Reiferstraße 3.**  
Rabattmarken.

Ihr Hausfrauen Lübeck, groß und klein, wollt ihr das Jahr im Haushalt sein, kauft Nährsalz-Kaffee gut und rein, Pfund 45 Pfg. im

**Freya-Reformhaus**  
obere Huxstraße 16,  
ein.

**E. Boy, Königsstr. 61, F. 1811.**  
Marktball. 46.  
Rotzungen, Schellfische, Seelachs, Kabeljau, Dorich, Hechte, Brachsen, Barsche.

Zu dem **morgen, Mittwoch,** um 10 Uhr vormittags beginnenden

**Elsbein-Essen**  
ladet freundlichst ein  
**Aug. Busch**  
Kafen-Restaurant,  
Hafenstraße 52.

**Deutscher Transportarbeiterverband**  
Mitgliedschaft Lübeck.

Über das Geschäft von **J. J. Struve** (Castelli), Breite Str. 65 ist wegen Lohnstreitigkeiten die **Sperre verhängt** worden.  
Die Firma **H. L. Haukohl** Sandstraße 22, hat mehrere Kollegen ihrer Verbandszugehörigkeit wegen gemahregelt.

Wir bitten die Kollegen, sowohl die Leser dieses Blattes, vorstehendes zu beachten.  
**Die Ortsverwaltung.**

**Neues Stadttheater**  
Mittwoch, 15. März, Abds. 8 Uhr  
Außer Abonnement.

**Bei kleinen Preisen! Die Fledermaus.**  
Operette von Joh. Strauß.  
Donnerstag, 16. März, 7 1/2 Uhr

**Bei Mittelpreisen! Letztes Gastspiel C.W. Bühler**

**Der Biberpelz.**  
Diebestimmte v. Gerh. Hauptmann  
Vorläufige Anzeige.

Sonnabend, 18. März, Abds. 6 Uhr  
**G. Vorstell. im Wagner-Zyklus**  
Gewöhnliche Operpreise!  
Gastspiel des Kap. Kammerjänger

**Alois Pennarini**  
vom Hamburger Stadttheater.  
**Götterdämmerung**  
Dritter Tag a. d. Bühnenfestspiele  
Der Ring des Nibelungen.